

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Versandstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 43

Berlin, den 25. Oktober 1930

5. Jahrgang

## Der ADBB. zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte auf seiner Tagung am 12. und 13. Oktober 1930 einstimmig folgende Entschliessung:

### I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine **Weltwirtschaftskrise**

von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gezielte Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuss es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Mill. RM Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückläufe erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stufenweise Beanspruchung des Baumarcktes durch konsequente Durchführung eines mehrgliedrigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird, und daß der Mieterchutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrecht erhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

### II.

#### Die Krise des Arbeitsmarktes.

Deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben verfehlt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuss fordert insobedessen eine gezielte vierzigstündige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freierwerbenden Unterstufungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Leber...den ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Leber...den einen vollen Stundentlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuss fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Pensionsfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einhebung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Arbeitslosenversicherung muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

### III.

Ungeachtet der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden

#### Reparationslasten.

deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer geordneten weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten.

#### Die deutsche Arbeiterschaft.

Die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

### IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Verelendung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

Die Wirtschaftslage in Deutschland gestaltet sich so, daß alle Körperlichkeiten bestrebt sein sollten, Mittel und Wege zu suchen, um aus der Krise herauszukommen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm am 12. und 13. Oktober Gelegenheit, die Wirtschafts- und Finanzkrise eingehend zu beraten. Die grundsätzliche Stellungnahme zu den gegenwärtigen Zeitnöten behandelte der Kollege

#### Leipart in einem großzügigen Referat.

In der Aussprache wurden die Ausführungen Leiparts unterstützt und gutgeheißen, und die rührige Arbeit des Bundesvorstandes mehrfach lobend anerkannt.

Folgende Grundgedanken stellte Leipart bei seinen Darlegungen in den Vordergrund:

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. Die Zahl der Arbeitslosen, die wohl in jedem Verlande weit höher ist als in früheren schlechtesten Zeiten, belagert genaug. Wir müssen mit weiteren Verschlechterungen voranschaulber rechnen. In früheren Jahren konnte die öffentliche Hand durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten einen Teil der Arbeitslosen auffangen, aber gerade jetzt, wo die Not der Wirtschaft am größten ist, ist mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm kaum zu rechnen. Infolge einer verheerenden Finanzwirtschaft sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchhalten. Es rächt sich jetzt die Politik des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der zu einer Zeit, als Auslandsanleihen noch verhältnismäßig billig waren, der öffentlichen Hand den Zugang zum ausländischen Markt gesperrt hat. Es rächt sich die Leichtfertigkeit früherer Finanzminister, die keine Reserven zurücklegen wollten, sondern es für richtig hielten, den Reichshaushalt „am Rande des Defizits balancieren“ zu lassen, wie es der damalige Reichsfinanzminister Dr. Meißner ausdrückte.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält die Frage der Preishöhe eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preisentkung nur nach vorheriger Lohnsenkung und im Ausmaß dieser Lohnsenkung durchführen zu können. Es ist ihnen gelungen, weite Kreise der Öffentlichkeit von der Wichtigkeit dieser Argumentation zu überzeugen. Denn im allgemeinen weiß eben der Außenstehende nicht, daß die Löhne einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Herstellungskosten haben. So betragen nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochöfenbetrieben nur 7 v. H. des Produktionswertes, in der chemischen Industrie, in der Lederindustrie, in der Steinindustrie nur 10 v. H., in der Textilindustrie noch nicht 20 v. H., in der Automobilindustrie rund 20 v. H. Eine Reduktion der Löhne würde hier also das Preisniveau nur ganz geringfügig verändern können. Viel bedeutender für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Wir merken aber noch nicht, daß die Fertigwarenpreise dementsprechend billiger geworden sind.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten auch nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausgezahlte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist. Sie kümmern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken, besonders wenn eine Lohnentkung in bedrohliche Nähe gerückt ist.

Die Regierung beabsichtigt, statt der bisherigen Verwendung von 800 Mill. RM aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau künftig diesem Zwecke nur noch 400 Millionen RM zuzuführen. Die verbleibenden 400 Mill. RM sollen der Senkung der Realsteuern dienen.

Die Kürzung der öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau nötigt zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbautätigkeit. Das muß katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen.

Am 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen konnte. Heute, unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen, ist der Einfluß der öffentlichen Hand auf diesem Gebiete noch notwendiger. Der hier von der Regierung gemachte Vorschlag ist daher ein doppelter Fehler.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieterchutz in den nächsten Jahren weiter gelockert werden, und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer statt nachgegeben. Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren wiederholt für die Beibehaltung des Mieterchutzes ausgesprochen. Die sogenannte freie Wirtschaft im Wohnungsbau, wie sie jetzt wieder hergestellt werden soll, würde nichts anderes bedeuten als eine Diktatur der organisierten Hausbesitzer gegenüber der Mieterchaft, die rund 90 v. H. der deutschen Bevölkerung ausmacht.

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Gatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten, weil wir ihm einige Stunden zur freien Betätigung seiner körperlichen und geistigen Kräfte gewährleisten wollten, so haben wir die 44-Stunden-Woche in Stockholm auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Ersparnisse an Arbeitskraft gebracht, Ersparnisse, die sich auf der anderen Seite in einer Überfüllung des Arbeitsmarktes bemerkbar machten. Der Produktionsapparat ist im gewaltigen Ausmaß vergrößert und die Abwärmlichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Vermehrung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterschaft voll beschäftigt wird.

Nun hatten wir uns freilich die Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung für die Zeit eines Ausflühens der Wirtschaft vorgestellt. Jetzt aber werden wir dazu gedrängt, uns mit der gleichen Frage für die Zeit einer Wirtschaftskrise zu beschäftigen. Was die Frucht wachsender wirtschaftlicher Betätigung sein soll, wird nunmehr zu einer bitteren Notmaßnahme. Eine solche Verkürzung bedeutet eine Art Selbstverleugung der Arbeiterschaft gegen weitere Entlassungen und darüber hinaus einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen, denen dadurch die Möglichkeit geboten wird, früher in den Produktionsprozess wieder eingereicht zu werden, als sie es nach der bisherigen normalen Arbeitsdauer erwarten könnten.

Wir können freilich nicht darauf bauen, daß die Unternehmer von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleisten, nicht aber eine Verkürzung der Wochenlöhne auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung.

Gegen die Leberarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Es ist uns aus eigener Kraft bisher nicht gelungen, diese ungeliebten Zustände zu beseitigen. Deshalb fordern wir jetzt die gesetzliche Beschränkung der Leberstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, daß für jede Leberstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll.

Nach den letzten Auswertungen sind allein in der Reichsverwaltung 51 600 Ruhegehaltsempfänger mit einer Gesamtrentenlast von 200 Millionen RM jährlich. Nach einer Zusammenstellung von Rinner (im Freien Wort 1930, Heft 33) sind für Pensionen und Wartegelder insgesamt im Deutschen Reich mit etwa 1,9 Milliarden RM zu rechnen.

Die große Mehrzahl der Hiernach auf etwa 750 000 zu berechnenden Zahl der Empfänger kann von den Pensionen usw. gut leben, ohne daneben noch beruflich tätig sein zu müssen und anderen, die nur auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegzunehmen. Wir verlangen deshalb, daß diese Hunderttausende Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen, wozu sie sich von selbst entschließen werden, wenn ihnen der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Überzeugung, daß auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegen gewirkt werden kann, noch die Finanzen des Reiches saniert werden können.

Eines der dringendsten Probleme ist die Neuregelung der Versorgung der immer zahlreicher werdenden langfristig Erwerbslosen, die keine Ansprüche mehr an die Arbeitslosenversicherung haben.

Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufs- und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des RMW sieht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muß bei der großen Zahl der

erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Völlig unzulässig sind aber die vorgeschlagenen radikalen Kürzungen der Leistungen.

Ich komme schließlich zum dritten Abschnitt der Entschlebung, der von den Reparationslasten handelt. In dieser Zeit schwerster Wirtschaftsnot wird die Belastung, die dem deutschen Volke aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals ein Nehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir haben immer wieder betont, daß die Voraussetzung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Abzug unserer Industrieprodukte öffnen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Young-Planes darauf hingewiesen, daß der Young-Plan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawes-Plan zweifellos eine Entlastung bedeutet, eine Entlastung, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 v. H. geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht sichtbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachstums dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur.

Sehen wir uns die Ziffern der Außenhandels-Statistiken für die letzten Monate an. Gegenüber dem Vorjahre ist der Export an Fertigwaren um über 10 v. H. gesunken. Wir stehen also vor der Frage: Wie können die Reparationsverpflichtungen in der nächsten Zeit überhaupt bezahlt werden, und wie können sie bezahlt werden, ohne daß die Arbeiterschaft durch Sammlerung oder gar Abbau der sozialen Errungenschaften besonders belastet wird? Die Revision des Young-Planes ist also eines der dringendsten weltpolitischen Probleme geworden.

Damit glaube ich, in der gebotenen Kürze das Notwendige gesagt zu haben.

der Gründungslegung des Dinta, das Arnold zwar vorgebracht hatte, aber bei dem er vorsichtigerweise die entscheidenden Worte ausließ. Böglers sagte damals, daß die Unternehmer sich in der Arbeiterfrage festgelassen hätten, müßten — so sagte Friede — läuft das aus dieser Tagung geborene Institut darauf hinaus, die Arbeitgeber in der Arbeiterfrage wieder flott zu machen! Arbeiterfrage und Berufsausbildung seien aber etwas wesentlich anderes. Friede zitierte weiter Professor Däumling, der ebenfalls bei der Gründung des Instituts zugegen war und ganz eindeutig gesagt hat: „Der Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften ist ein Kampf einer unabhängigen Wirtschaftsklasse, die man Kapitalismus nennt, gegen eine Arbeiterorganisation, die sich gegen diese Art richtet“, und es erregte großes Aufsehen in der Versammlung, als Friede Oberingenieur Arnold selbst zitierte, der einmal in einem Vortrag vor Bonner Studenten gesagt hat, daß die Dintaerziehung Erfolg für das alte Meer sein sollte, daß der Arbeiter begreifen lernen müsse, daß im Produktionsprozeß mehr gedient als verdient werden müsse.

Damit aber hatte Friede nachgewiesen, daß die Dintaarbeit keineswegs in erster Linie die Berufsausbildung der Lehrlinge und ungelerten Arbeiter zum Ziele hat, sondern eine politische und gewerkschaftsmäßige Beeinflussung der Arbeiterschaft im einseitigen Interesse des Unternehmers. Aber auch von der soziologischen Seite her wurde die Unsinnigkeit dieser Erziehungsarbeit dargelegt, denn sie geht aus von der Fiktion einer Werksgemeinschaft zwischen Arbeitern und Betriebsleitung, die gar nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein kann weil sie der Struktur der gegenwärtigen Wirtschaft nicht entspricht. Heute bestimmt nicht mehr der einzelne Betrieb sein eigenes und das Gesicht seiner Arbeiter. Er ist ein unselbständiger Bestandteil größerer Organisationen, der Kartelle, Syndikate und Kongerne. Er wird bis in alle Einzelheiten, ja bis in die Personalpolitik und Personalverwaltung hinein von den zentralen Konzernleitungen gegängelt. Selbst eine Werksleitung, die den besten Willen hätte, mit ihren Arbeitnehmern in ein vernünftiges Verhältnis zu kommen, würde durch die Anweisungen der Konzernleitungen immer wieder gezwungen werden, Maßnahmen zu ergreifen und Handlungen zu begehen, die von den Arbeitern alles andere als „werksgemeinschaftlich“ empfunden worden würden. Wenn aber keine Werksgemeinschaft möglich ist, dann ist auch die Werkspolitik, wie das Dinta sie treibt, falsch und innerlich unwahr. Wenn man von der Gesamtarbeit des Dinta diese politischen Hauptbestrebungen wegnimmt, bleibt ein Arbeits- und Berufsausbildungssystem übrig, das von dieser Seite aus bezahlt werden könnte, wenn eben jener politische Hintergrund nicht vorhanden wäre. Die Grenzen, die die Arbeitnehmer der industriellen Arbeiterschulung setzen, verkaufen da, wo die politische Beeinflussung im Unternehmerrinne beginnt. Diese Auseinandersetzungen zwischen Arnold und Friede waren zweifellos das Wesentlichste an dieser Tagung. Und das Ergebnis, das auch durch die nachfolgende Diskussion bekräftigt worden ist, war, daß niemand die Feststellungen Friedes über die politischen Tendenzen des Dinta entkräften konnte. Selbst Herr Arnold mußte zugeben, daß die Ritate Friedes zuträfen. Und es zeigte sich, daß die von ungefähr 350 Personen aus allen Kreisen der Gewerkschaftsbewegung, der Geistlichkeit, der Berufsschullehrer und der sozialpolitischen Wissenschaft besuchene Tagung den Ausführungen Friedes fast einstimmig Beifall zollte.

Arnold hat sich jedenfalls bei dieser Gelegenheit eine Abfuhr geholt, wie er sie längst verdiente, aber in seiner bisherigen Praxis noch nicht erlebt hatte. Eines ist sicher: die Frankfurter Werkpolitische Tagung des Sozialen Museums und des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts hat der weiten Öffentlichkeit die Augen geöffnet, für die innere Unwahrscheinlichkeit jener Werkpolitik, die von dem Düsseldorfer Dinta-Institut ausgeht.

### Verlustliste der Wirtschaftskrise.

Die Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörde über die gewerblichen Mittel- und Großbetriebe im Jahre 1929 ist außerordentlich aufschlußreich. Obwohl die katastrophale Verschlechterung des Arbeitsmarktes erst Ende 1929 einsetzte, ihre volle Auswirkung erst in diesem Jahre sich bemerkbar macht, zeigt die Statistik doch deutlich einen erheblichen Rückgang der Arbeiterzahl. Auffallend stark ist der Rückgang in der Ziegelindustrie und in der keramischen Industrie. In beiden Industriezweigen zusammen nahm die Zahl der Arbeiter um rund 16 800 ab. Auch die Zahl der Betriebe verringerte sich in diesen beiden Gruppen um 150. Einen Rückgang verzeichnet auch die Zement- und Glasindustrie. In der Gesamtindustrie, ohne Handel und Verkehr, hat die Beschäftigtenzahl um 230 000 Personen abgenommen. Einschließlich Handel und Verkehr nahm die Entwicklung folgenden Verlauf:

	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
1926	251 172	8 882 744
1927	273 987	10 891 040
1928	282 665	10 708 962
1929	286 503	10 596 567

Die Zunahme der Betriebe ist auf die Betriebsvermehrung im Handel und Verkehr zurückzuführen. In der Industrie und im Handwerk verringerte sich die Betriebszahl von 203 654 im Jahre 1928 auf 202 834 im Jahre 1929. Die prozentuale Berechnung ergibt, daß die Personalverringeringung in der Industrie der Steine und Erden 3,7 Prozent, in der Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie sogar 12,7 Prozent beträgt. Zugunommen hat die Zahl der Arbeiter im Baugewerbe um 1 Prozent.

In den einzelnen Gewerbegruppen der Glas-, Ziegel-, keramischen und Baustoffindustrie betrug die Zahl der Betriebe und Personen:

	Betriebe	Personen		
	1928	1929	1928	1929
Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin	1 280	1 274	25 945	25 010
Kalk-, Gips-, Zersch- und Zementindustrie	977	860	49 216	48 188
Betonwarenindustrie	861	948	18 534	19 561
Ziegelindustrie	5 139	5 066	172 640	163 473
Großkeramische Industrie	257	234	24 865	25 435
Feinkeramische Industrie	963	979	109 253	102 888
Glasindustrie	1 306	1 249	99 098	97 499

Stark ist der Rückgang in der Ziegelindustrie. Gegenüber 1928 sank hier die Zahl der Arbeiter um rund 3000, die Zahl der Betriebe verringerte sich die Betriebszahl von 173 640 im Jahre 1928 auf 172 640 im Jahre 1929. Die prozentuale Berechnung ergibt, daß die Personalverringeringung in der Industrie der Steine und Erden 3,7 Prozent, in der Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie sogar 12,7 Prozent beträgt. Zugunommen hat die Zahl der Arbeiter im Baugewerbe um 1 Prozent.

Stark ist der Rückgang in der Ziegelindustrie. Gegenüber 1928 sank hier die Zahl der Arbeiter um rund 3000, die Zahl der Betriebe verringerte sich die Betriebszahl von 173 640 im Jahre 1928 auf 172 640 im Jahre 1929. Die prozentuale Berechnung ergibt, daß die Personalverringeringung in der Industrie der Steine und Erden 3,7 Prozent, in der Spielwaren- und Musikinstrumentenindustrie sogar 12,7 Prozent beträgt. Zugunommen hat die Zahl der Arbeiter im Baugewerbe um 1 Prozent.

## Habt acht! Kommunistische Parolen!

Not und Elend steigen. Mißmut und Unzufriedenheit machen sich breit. Die körperliche und seelische Belastung des Volkes nimmt immer mehr zu. In dieser Zeit härtester Bedrängnis kommen wieder die falschen Freunde der Arbeiterschaft und der Jugend, politische Geschäftseule, Anhänger zu werden und Aktionen einzuleiten. Die politischen Kartenfänger, die gegenwärtig ihre verlockenden Löhne besonders unter der Arbeiterschaft erllingen lassen, sind die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Sie sprechen beide ja die gleiche Sprache, und wenden die gleichen Methoden an. Ihre Haupttätigkeit besteht im Verleumdern der Gewerkschaftsführer und im Beschimpfen und Herunterreißen der Bewegung. Die Parteibanden der KPD sind darin schon geübt, sie treiben das alte Handwerk schon seit 1923, aber die Nazis stehen ihnen nicht nach, ein Teil hat ja die Art ehemals in den Reihen der kommunistischen Partei praktisch gelernt.

Das ist nicht das erstemal, daß die Kommunisten in bedrängten Zeiten den verzweifeltsten Kampf gegen die Gewerkschaften führen mit der Wirkung, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu zerstören und die Schlagkraft der Arbeiterschaft in den Vertrieben und im öffentlichen Leben zu brechen, damit das Unternehmertum und das Bürgertum die sich bekämpfende Arbeiterschaft besser unter ihre Vormachtigkeit bekommen. Nur ganz kurz sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die kommunistische Partei auf ihrem Gründungsparlament am 30. und 31. Dezember 1918 ausprägte: „Die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften ist unvereinbar mit Zielen und Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands.“ Als diese Parole von den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern nicht beachtet wurde, kam am 28. August 1919 eine neue, in der es hieß: „Wir müssen die Zerstörung der Gewerkschaftsbürokratie zu Massenaaktionen machen... herren die Beiträge usw. Wo die Zahlstellen hierzu noch nicht bereit sind, schließen sich die kommunistischen Mitglieder fraktionsmäßig zusammen und organisieren den Kampf um den Austritt ihrer örtlichen Zahlstellen aus den Gewerkschaften.“ Als auch diese Anweisung nicht den gewünschten Erfolg hatte, veröffentlichte die „Rote Fahne“ am 14. Juli 1920: „Die Lösung: Sertaus aus den freien Gewerkschaften ist falsch. Einige von diesen „freien“ Gewerkschaften werden wir einfach spalten müssen.“ Das kann man nur tun, wenn man innerhalb der „freien“ Gewerkschaften bleibt.“

Dann kam die Hochinflation mit der „revolutionären Welle“ im letzten Halbjahr 1923 mit der neuen Parole: „Deraus aus den Gewerkschaften! Zerreißt die Verbandsbücher, werft sie den Dogen vor die Füße! Generalstreik!“ Ein Teil freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen kam seinerzeit der Aufforderung tapferlich nach in dem Glauben, nun komme damit die Rettung. Sie wurden bitter enttäuscht. Es kam weder die Weltrevolution, noch gingen die freien Gewerkschaften zugrunde, noch wurden kommunistische Ge-

werkschaften ohne Beitragsleistung gegründet. Um so mehr wurde das Unternehmertum stark, distillierte längere Arbeitszeit, kürzte die Löhne ganz beträchtlich und machte sich die Schwäche der Arbeiterschaft sehr zunutze. Wer noch etwas Denkvormögen im Kopfe hat, möge sich an jene Monate erinnern, weil gegenwärtig die Arbeiterschaft sich in einer ähnlichen Bedrängnis infolge der Krise befindet, und weil gegenwärtig nicht nur das Unternehmertum und die Faschisten zum härtesten Schläge ausholen, sondern weil die Kommunisten die Arbeiterschaft durch uninnige Streikparolen wieder ins Unglück treiben wollen. Die Rote Gewerkschafts-Opposition (RGO) ist die Trägerin dieses wirtschaftlichen Unsinns, des Unsinns deshalb, weil die RGO die Streiks weder organisiert, noch führen und unterstützen kann. Streiks ohne Unterstützung sind von vornherein verloren, darüber muß sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin klar sein. Das wissen auch die Wahrgänger aus ihren Verlesungen, die sie schon gemacht haben, aber sie sagen es den Arbeitern nicht. Sie jagen sie bewußt ins Unglück, treiben sie zur Verzweiflung und legen sie in diesem Stadium gegen ihre organisierten Klassengenossen auf, die bei der verlorenen Sache nicht mitmachen, weil das blamable Ende schon vorauszu sehen war, und weil sie sich nicht bewußt ins Unglück stürzen mögen. Das ist die kommunistische Taktik, die der gesamten Arbeiterschaft so überaus schädlich ist, weil die Zerlegungskämpfe in den eigenen Reihen die Gesamtarbeiterschaft von ihrem eigentlichen Ziele ablenken und dem Unternehmertum die Gelegenheit zum Angriff geben. So war es 1923, so wollen es die Kommunisten wieder haben. Wir sind überzeugt, daß diesmal freie Gewerkschaftler kommunistischen Parolen nicht folgen und ihre Organisationen verlassen werden, denn so wie 1923 würden sie auch diesmal nichts damit erreichen, sondern nur die Kampfireihen gegen das Unternehmertum schwächen und diesem Helfersdienste leisten. Soweit darf es nicht wieder kommen, wenn auch gegenwärtig zur Gründung kommunistischer Gewerkschaften aufgeföhert wird.

Die freien Gewerkschaften wurden nach 1923, wo sie infolge der Inflation bis auf ihre treuen Anhänger alles verloren hatten, wieder groß, stark und kampffähig, sie errangen Verlorenes wieder, sie verbesserten die Lohn- und Tarifverträge wieder und waren der Schutz und Rückhalt der gesamten Arbeiterschaft, und nach Überwindung dieser Krise wird es wieder so sein, deshalb braucht kein Gewerkschaftsmitglied zu verzagen oder Irrelehrern Glauben zu schenken. In einem lichten Augenblick schrieb ja selbst die „Rote Fahne“ am 8. Juni 1922: „Auch die radikalste Gewerkschaft ist an die wirtschaftlichen Gesetze gebunden.“ Diese wirtschaftlichen Gesetze bestimmen gegenwärtig die Haltung der Gewerkschaften. Was menschenmöglich ist, wird getan, aber vor Verbrechen an der Arbeiterschaft wird gewarnt und sich zur Wehr gesetzt. Das ist Pflicht jedes Gewerkschaftsmitgliedes, das aus den Erfahrungen des letzten Jahres zu lernen hat.

## Abfertigung des Dinta.

Am 2. und 4. Oktober fand in der Universität Frankfurt am Main eine bedeutende werkpolitische Tagung mit dem Thema: „Industrielle Arbeiterschulung“ statt. Die vom Sozialen Museum und dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut dieser Universität einberufen worden. Neben zwei sehr wichtigen pädagogischen Vorträgen von Professor Böttch über: „Die Aufgaben der öffentlichen Berufsausbildung“ und die Aufgaben der öffentlichen Berufsausbildung“, erhielt die Tagung ihre Höhepunkte durch die Auseinandersetzung zwischen Oberingenieur Arnold und Leiter des Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung) und dem Genossen Friede. Leiter der Berliner Gewerkschaften. Arnold sprach über die Arbeiterschulung im Rahmen des Betriebes gemäß den Grundgedanken des Dinta“ und Friede über: „Die Aufgaben und Grenzen technischer Arbeiterschulung“, beurteilt vom Standpunkt des Arbeitnehmers.“ Daneben hielt noch der Kartellsekretär Carl Arnold von den Christlichen Gewerkschaften einen Vortrag über: „Betrieb und gewerkschaftlicher Verband als Faktoren industrieller Arbeiterschulung.“

Oberingenieur Arnold stellte nach seiner üblichen Taktik auch diesmal wieder die Berufsausbildungsarbeit des Dinta in den Vordergrund und ließ alle weitergehenden werkpolitischen Tendenzen, die weitestgehend mit seiner Lehrlingsausbildung verbunden sind, eben nur anklingen. Seine These: Dintaarbeit ist Jugendarbeit hat keinen anderen Zweck als der Industrie eine erhaltene ausgebildete — im Sinne des Dinta — anständige Arbeiterschaft zu erzeugen, machte auf diese wissenschaftliche Versammlung einen sehr starken Eindruck. Die Angriffe gegen das Dinta, die bei der von sozialwissenschaftlichen Arbeiterorganisationen, treffen nicht zu, behauptete Arnold, da die Arbeiter-Verbände eigentlich nur

die Mittel zur Dintaarbeit wären, seine eigentlichen Träger seien neutrale wirtschaftliche Organisationen wie — der Verein Deutscher Eisenhüttenleute und der Langnamenerverein! Herr Arnold behauptete anscheinend auf eine Unkenntnis der Betriebsarbeitnehmer in wirtschaftsorganisatorischen Dingen. Schon der Verein der deutschen Eisenhüttenleute ist längst keine neutrale technisch-wissenschaftliche Organisation mehr, der Langnamenerverein ist aber eine ganz ausgesprochen scharf-massengerichtete Interessensvertretung der westdeutschen Industrie. Der Vortrag gipfelte ungefähr in der Formulierung: Das Dinta wolle nichts anderes tun, als den Menschen in den Mittelpunkt des Betriebes zu stellen, ihm seinen Platz im Betriebe erobern. Im deutschen Volk herrscht keine Arbeitskrise mehr, weil dem Volke immer gerechtigt werde, die Arbeit sei ein Fluch und eine Fron. Kurz und gut, Arnold trat auch hier wieder mit seinem Dinta auf, als ein völlig unpolitischer Ingenieur, dem an nichts anderem läge als daran, der Industrie eine moralisch hochstehende und berufstüchtige Arbeiterschaft zu erzeugen.

Friede trat diesen Ausführungen Arnolds mit aller Deutlichkeit entgegen. Er setzte sich mit dem ersten Teil seines Vortrages auseinander mit der Frage: „Gewerkschaften und Berufsausbildung“ und kam ebenfalls zu dem Schluß, hier sei ein Gebiet, auf dem Arbeiter und Unternehmer durchaus vernünftig zusammen arbeiten können. Er sagte u. a., die Fahne des Klassenkampfes entrollen die Gewerkschaften nicht gerade in Berufsausbildungsfragen, dazu hätten sie andere Gelegenheiten. Die Grenzen der Arbeiterschulung verlaufen für die Gewerkschaften aber da, wo sie zu einer bestimmten, nur dem Interesse des Unternehmers dienenden Gewinnerschulung ausarte. Diese Gewinnerschulung sei das wesentlichste Kennzeichen der Arbeit des Dinta. Friede ergänzte ein Zitat aus einer Rede Böglers auf

	Betriebe		Personen	
	1928	1929	1928	1929
Schwinning von Kies usw.	99	87	8 788	8 203
Kalk-, Gipsindustrie usw.	248	253	38 011	38 203
Betonwarenindustrie	73	80	7 368	7 782
Ziegelindustrie	716	659	74 180	67 663
Großkeramische Industrie	117	113	22 038	20 509
Feinkeramische Industrie	384	379	99 384	93 581
Glasindustrie	377	368	85 520	85 310

Die Verringerung der Arbeiterzahl bedeutet eine ernsthafte Mahnung an die verantwortlichen Stellen. Mit halben Maß-

nahmen und Katastrophenpolitik ist die Wirtschaftsknot nicht zu beheben. Es handelt sich hier bei der Abnahme nicht bloß um eine Zunahme der Arbeitslosen, sondern diese Verringerung kommt einer Verunsicherung gleich. Wie sich das Gesamtbild verändert hat, läßt sich an dieser Statistik nicht feststellen, da die kleinen Betriebe fehlen. Immerhin sagen diese Zahlen genug, und eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik kann daran nicht tatenlos vorübergehen. Wie erst wird sich die katastrophale Verschlechterung im Jahre 1930 auswirken, wenn schon für 1929 mit dem verhältnismäßig noch günstigen Beschäftigungsgrad solche Feststellungen gemacht werden!

### Gegen den Abbau der Krisenfürsorge.

Am Freitag, dem 10. Oktober 1930, nahm der Verwaltungsrat der Reichsanstalt Stellung zu einem Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministers zur Krisenunterstützung. Nach längerer Diskussion dieser Vorläge, die einen geradezu unerhörten Abbau vorsehen, gaben einmütig sämtliche Arbeitnehmer, einschließlich der Christen und Christ-Ökonomischen Gewerkschaften, folgende Erklärung ab, aus der die von der Regierung geplanten Maßnahmen erkennbar sind.

Dem Bericht der Regierungsvorrede entnehmen wir, daß die Vorläge zur Änderung der Krisenfürsorge durch die finanzpolitischen Beschlüsse des Kabinetts von vornherein an einen bestimmten, unseres Erachtens völlig unzulänglichen Kostenbeitrag gebunden waren. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß der § 101 WVBG, die Regelung der Krisenfürsorge nach Maßgabe des Arbeitslosenstandes und der sozialen Bedürfnisse der von der Arbeitslosenversicherung nicht unterstützten Arbeitslosen verlangt. Diesen Gesichtspunkten tragen die Vorläge in keiner Weise Rechnung. Durch die Herabsetzung der Arbeitslosen mit kurzer Anwartschaft, durch die Verkürzung der Unterstützungsdauer, durch die Herabsetzung der Arbeitslosen unter 21 Jahren, durch die unterchiedliche Behandlung der Arbeitslosen in Gemeinden mit weniger als 25 000 Einwohnern, durch die unerträgliche Herabsetzung der Unterstützungssätze und durch die ungebührliche Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung würde nicht nur die Krisenfürsorge unter das Niveau der Wohlfahrtspflege herabgedrückt, sondern auch den Gemeinden eine Belastung auferlegt werden, unter der sie einfach zusammenbrechen müßten. Damit würde aber auch die allernotwendigste Unterstützung aller aus Verdingungsmitteln nicht unterstützten Arbeitslosen überhaupt in Frage gestellt werden.

Im Hinblick auf diese voraussehbaren Auswirkungen der geplanten Änderungen der Krisenfürsorge halten wir die Diskussion über einzelne Punkte der Vorlage und etwaige diesbezügliche Abänderungsvorschläge für überflüssig.

Obwohl wir die Finanzlage des Reiches durchaus nicht verurteilen, müssen wir im Interesse der Arbeitslosen und der Gemeinden die Weitergeltung der Bestimmungen über die Höhe der Unterstützungssätze und der Bedürftigkeitsprüfung sowie eine grundlegende Änderung der Bestimmungen über Personenkreis und Unterstützungsdauer nach folgenden Gesichtspunkten fordern:

1. Ausdehnung des Personenkreises auf alle Berufe und Altersgruppen.
2. Verlängerung, mindestens aber Beibehaltung der bisherigen Unterstützungsdauer.
3. Gleichmäßige Behandlung aller Arbeitslosen unabhängig von der Größe der Gemeinden.

Die Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Eine ähnliche Erklärung gaben auch die Vertreter der öffentlichen Körperschaften ab, während die Vertreter der Arbeitgeber sich mit dem geplanten Abbau einverstanden erklärten. In einer vorhergehenden Sitzung des Reichsrats waren die Vorläge des Reichsarbeitsministers einmütig abgelehnt worden.

### Protest des ADOB. zum Lohnabbau-schiedspruch.

In dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesarbeitsrat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterkraft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiterverband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im Voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlicherklärung dieses Schiedspruches versucht wird, der Arbeiterkraft den Lohnabbau aufzuzwingen.

### Tagung des Demog-Revisionsverbandes in Magdeburg.

Die diesjährige Verbandstagung des Demog-Revisionsverbandes E. V., Demog-Revisionsvereinigung, findet vom 14. bis 16. November 1930 in der Stadthalle zu Magdeburg statt. Die Tagesordnung bringt Referate von Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Wiffell, Landtagsabgeordneter W. Drügemüller, Oberbürgermeister Weim, stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Niemann, Verbandsrevisor Dr. Rodien und Geschäftsführer Plumbach. Während der Tagung finden Führungen durch die Stützpunktabteilungen des Vereins für Kleinwohnungsweesen, G. m. b. H., in Magdeburg statt.

## Wiederholung der Internationalen Hygiene-Ausstellung.

Programmatisch wurde die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 am 12. Oktober geschlossen. Trotz der schlechten Witterung, die den Reiseverkehr außerordentlich ungünstig beeinflusste, konnten etwa 3 Millionen Besucher gezählt werden. Mehr aber als diese Zahl bedeutet der ideale Erfolg, den die Ausstellung im In- und Auslande erringen konnte. Unzählige Studienkommissionen haben die Ausstellung besucht, und immer wieder kam zum Ausdruck, daß es bedauerlich sein würde, wenn das ausgezeichnete und einmalige Material nun wieder in alle Winde zerstreut würde. Auch die Tatsache, daß im Jahre 1931 in Deutschland fast keine größeren Ausstellungen stattfinden, trug mit zu dem Entschluß bei, für die Fremdenbesucher in Deutschland im Jahre 1931 das große Reiseziel nach Dresden mit einer neuen Internationalen Hygiene-Ausstellung zu schaffen.

Erfreulicherweise kann heute schon festgestellt werden, daß der weitaus größte Teil der Aussteller auch im nächsten Jahre die Internationale Hygiene-Ausstellung besuchen wird. U. a. soll die berühmte Wasserhalle des Krankenhauses vollständig erhalten bleiben. Die Mehrzahl der Gruppen wird umgearbeitet, andere Gruppen werden vollständig neu entstehen. So etwa die Gruppe „Hygiene in der Technik“, die ein neues, aktuelles und umfangreiches Material zur Darstellung bringt. Auch das Ausland, das im Staatenhaus zusammengefaßt ist, wird mit zahlreichem neuen Material auftreten, das bei der Kürze der Vorbereitung zur Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 nicht rasch genug beschafft werden konnte. Schon jetzt liegen feste Zusagen vor aus Amerika. Neu hinzu kommt eine Generalübersicht über die katholischen Wissenschaftsbereitungen im Ausland.

Im einzelnen werden auch die Parkanlagen eine Umgestaltung erfahren. Die U-Bahn soll Tunnel erhalten

und dürfte weiterhin zur Befestigung kleiner und großer Fahrwege dienen. Auch die Hundertbrunnenallee wird umgestaltet werden.

Ob die Gruppe Landwirtschaft mit dem vielbesuchten landwirtschaftlichen Gehöft bleiben kann, ist zur Zeit noch nicht entschieden.

Entsprechend der Absicht, die Internationale Hygiene-Ausstellung im Jahre 1931 so populär wie möglich zu machen, ist auch ein Preisabbau in allen Gastwirtschaftsbetrieben der Ausstellung geplant. Die Eintrittspreise, die bisher 2 RM und 1,50 RM betragen, sollen 1 RM nicht überschreiten. Ebenso dürfte für die Dauerkarteninhaber ungefähr die Hälfte des bisherigen Preises für Dauerkarten zu erwarten sein. Die Absicht des Präsidiums geht dahin, vor allem für Massenbesuch des großen Publikums Sorge zu tragen. Infolgedessen sollen auch regelmäßige Sonderzüge aus allen Teilen des Deutschen Reiches und des Auslandes zur Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1931 verkehren.

### Die Besuchszeiten im Deutschen Hygiene-Museum.

Während der Wintermonate bis zur Wiedereröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung am 15. Mai 1931 ist das Deutsche Hygiene-Museum Sonntags von 11 bis 17 Uhr, Donnerstags und Sonnabends von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Vorerst verjüngsweise auch Dienstags von 16 bis 21 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig. Für Studenten und Kriegsbefähigte, für Schüler, Erwerbslose und Fürsorgebetreute 30 Pfennig. Schulklassen, Vereine und Körperschaften zahlen ebenfalls 30 Pfennig pro Person. Monatskarten kosten 2 RM.

## Wissenschaftliche Ehrung unseres Kollegen Haupt.

Die 7. Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, die am 23. September 1930 in Dresden zusammentrat, wurde eingeleitet durch einen besonderen Weihenakt unter gleichzeitiger erstmaliger Verleihung der „Artur-von-Weinberg-Medaille“, die die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres ihres Vorsitzenden, Geheimen Regierungsrats Dr. Artur von Weinberg, zu seinen Ehren und zum bleibenden Gedächtnis seiner Verdienste gestiftet hat. Die Medaille soll Männern und Frauen, die sich hervorragende Verdienste um die Gewerbehygiene erworben haben, verliehen werden als ein Zeichen des Dankes und zum Ansporn für kommende Geschlechter. Die Medaille führt den Namen „Artur-von-Weinberg-Medaille“. Sie trägt auf der Vorderseite ein Bild des Herrn Geheimen Regierungsrats Dr. Artur von Weinberg mit der Aufschrift „Artur von Weinberg, 11. August 1860“. Auf der Rückseite sind innerhalb einer allegorischen Darstellung der Gewerbehygiene die Worte zu lesen: „Für Verdienste um die Gewerbehygiene.“ Im Gründungsjahr wird die Medaille erstmalig an fünf Personen verliehen, für zukünftige Jahre ist die Verleihung an eine, höchstens zwei Personen vorgesehen, woraus hervorgeht, daß es sich um eine seltene Ehrung handelt.

Unter den diesjährigen Empfängern der „Artur-von-Weinberg-Medaille“ erbliden wir mit Genugtuung auch unseren Kollegen Gustav Haupt. Die Tätigkeit Gustav Haupts auf dem Gebiete der Gewerbehygiene ist in den Reihen unserer Mitglieder zu bekannt, um darüber viele Worte reden zu müssen. Gustav Haupt und Gewerbehygiene sind für unseren Verband zwei ungetrennbare Begriffe geworden. Durch eine jahrelange intensive Arbeit auf diesem seinem Lieblingsgebiete hat er sich Kenntnisse erworben, die weit über das durchschnittliche Maß hinausgehen und nicht nur in den Reihen unserer Kollegen,

sondern auch bei den übrigen Gewerkschaften, bei den Arbeitgebern und wissenschaftlich gebildeten Fachleuten Anerkennung und Beachtung gefunden haben. Dadurch ist es ihm möglich geworden, im Interesse unserer Kollegen immer an erster Stelle auf dem Gebiete der Gewerbehygiene tätig zu sein. Seit Jahren ist Gustav Haupt Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, in der er außerdem eine Reihe von wichtigen Funktionen ausübt. Neben seiner Eigenschaft als Mitglied der Preisförmmission ist er in den wichtigsten Arbeitsausschüssen der Gesellschaft tätig. Auf dem Gebiete der Gewerbehygiene hat er Kollegen auch eine außergewöhnliche publizistische Tätigkeit entfaltet. Die Jahrgänge unserer Verbandszeitung „Der Proletarier“ geben Aufschluß darüber, daß er sehr oft im Interesse unserer Kollegen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und des Arbeitsschutzes eine scharfe Feder geführt und mit rücksichtsloser Kritik auf Fehler und Mängel hingewiesen hat. In weitesten Kreisen bekanntgeworden sind ebenfalls die von ihm verfaßten Vorträge „Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie“ und die „Gesundheitlichen Gefahren in der chemischen Industrie“.

Wir hoffen, daß es unserem Kollegen Haupt, der kürzlich seinen 60. Geburtstag feiern konnte, noch recht lange vergönnt sein möge, auf gewerbehygienischem Gebiet im Interesse unseres Verbandes und im Interesse der gesamten Arbeiterkraft nutzbringend tätig zu sein.

Die Gewerbehygiene und der Arbeiterschutz sind immer ein hervorragendes Beispiel unseres Verbandes gewesen, der frühzeitig sich mit diesen für die Arbeiterkraft, und insbesondere unsere Mitglieder wichtigen Fragen beschäftigt hat. Es erfüllt uns daher mit Genugtuung, durch die Ehrung unseres Kollegen Haupt auch die Anerkennung dieser geleisteten Arbeit zu sehen.



## Oberschiedsgerichtsentscheidungen.

Die Hof- und Hilfsarbeiter der Ostram-G. m. b. H. in Weißwasser haben kurzgearbeitet, und zwar in der Weise, daß auf Anordnung der beklagten Firma am 17. und 24. Februar, am 3. 10., 17., 24. und 31. März, am 7., 19., 22. und 28. April und am 19. Mai nicht gearbeitet wurde. Dagegen haben sie in den Lohnwochen, in welche diese Tage fielen, zeitweise 9 Stunden an einem Tage gearbeitet. Sie sind nun der Meinung, daß sie für diese 9. Stunde den Ueberstundenzuschlag zu verlangen haben und haben beantragt,

die beklagte Firma zu verpflichten, den Ueberstundenzuschlag für die 9. Tagesarbeitsstunde in den genannten Wochen zu zahlen.

Die Beklagte hat

Abweisung der Klage beantragt. Sie ist der Ansicht, daß Ueberstunden im Sinne des § 9 des Manteltarifvertrages erst dann zu bezahlen seien, wenn damit die 48-Stundenwoche überschritten würde.

Das Oberschiedsgericht der Gruppe II des Schutzverbandes hat in seiner Sitzung vom 12. August 1930 den Anspruch der Kläger als zu Recht bestritten anerkannt.

Gegen diese Entscheidung wurde vom Schutzverband Deutscher Glasfabriken Berufung eingelegt.

Das Oberschiedsgericht hat in der Sitzung vom 5. September 1930 folgenden Schiedspruch verkündet:

Die Berufung des Schutzverbandes gegen das Urteil des Oberschiedsgerichts der Gruppe II vom 12. August 1930 wird zurückgewiesen.

Gründe:

Die Arbeitszeit und die Vergütung für Ueberstunden- (Mehr-)arbeit sind in den §§ 5 und 9 des Manteltarifvertrages, und zwar innerhalb der ihm durch die Arbeitszeitverordnung gewährten Ermächtigung in folgender Weise geregelt:

- a) Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden.

b) Für Arbeitnehmer, die nicht unter die Verordnung vom 9. Februar 1927 fallen (zu denen die Kläger nicht gehören), darf eine Mehrarbeit von einer Stunde täglich stattfinden.

Diese Bestimmungen wollen zweifellos eine Höchstgrenze festsetzen, wollen aber ebenso zweifellos nicht feststellen, daß die Arbeitszeit diese Grenze täglich erreichen muß. Die Bezeichnung „regelmäßig“ will auch nur belegen, daß die Arbeitszeit auf 8, bzw. 9 Stunden als Norm, und zwar nicht höher festgelegt werden kann, und daß dies auch nur für bestimmte Kategorien von Arbeitern gelten solle, nämlich für solche, für die nach der allgemeinen Regel unter a) höchstens 8 Stunden-, und solche, für die nach der Ausnahmeregel unter b) Neunstundenarbeit täglich festgelegt werden darf. Denselben Sinn haben auch die Worte „regelmäßige Arbeitszeit“ unter d) § 5 WVBG. Dort ist die Nachholungsfrist das maßgebende Moment. Diese Nachholungsfrist ist für diejenigen Arbeiter ausgeschlossen, die nicht nur infolge besonderer Ereignisse hier und da einmal 9 Stunden am Tage arbeiten, sondern die zu den nicht unter die Verordnung vom 9. Februar 1927 fallenden Arbeitnehmern gehören. Das bedingt aber nicht, daß dieses Quantum auch jeden Tag abgearbeitet wird. Es liegt kein Grund vor und würde auch in der Rahmen des § 5 des WVBG nicht hineinpassen, wollte man der Ansicht des Berufungslägers beipflichten, daß mit „regelmäßig“ die lückenlose Einhaltung einer acht-, bzw. neunstündigen Arbeitszeit gemeint ist. Hierzu kommt noch, daß nach dem Willen des Gesetzgebers die normale Belastung eines Arbeiters mit täglich 8 Stunden als hinreichend angenommen worden ist, daß aber bei gewissen Arbeitnehmern, wie z. B. bei den Klägern, die neunte Arbeitsstunde am Tage zuzulassen ist. Der Tarifvertrag will, daß dafür im letzteren Falle eine Nachholungsfrist ausgleichender Arbeitsstunden ausgeschloffen ist, und die neunte Arbeitsstunde als Ueberstunde bezahlt werden muß.

Für die Zeit eintretender Kurzarbeit ist eine besondere Regelung im Tarifvertrag nicht vorgesehen. Nachdem eine frühere tarifliche Regelung in den letzten Tarifvertrag nicht aufgenommen worden ist, ist anzunehmen, daß die weitere Geltung der

früheren Regelung zum mindesten von den Tarifparteien nicht gewollt war. Somit gelten auch bei Kurzarbeit die obigen Ermäßigungen für die Auslegung der §§ 5 und 9 WVBG. Zusammenfassend würde danach für das Bestehen des Anspruches auf Ueberstundenbezahlung für die neunte Arbeitsstunde am Tage auch bei Kurzarbeit die Feststellung genügen, daß mit dem Arbeiter unter Wahrung der tariflichen Vorschriften vereinbart wurde, daß er auf Anforderung als normale Zeit neun Stunden arbeiten müsse, ohne daß diese Zeit tatsächlich an jedem Tage eingehalten worden ist.

Bestmöglich Heranziehung der Arbeitszeitverordnung konnte der Meinung des Beklagten, daß Ueberstundenarbeit und Bezahlung erst nach Absolvierung der 48stündigen Arbeitswoche, bzw. 96stündigen Doppelarbeitswoche stattfinden dürfe, nicht beigetreten werden. Vielmehr war der zutreffenden Begründung des Vorderurteils in dieser Beziehung zu folgen. Nachdem die normale Arbeitszeit in der Weichholglasindustrie tariflich auf den Tag abgestellt ist, fehlt es an jedem Grunde, dem Willen der Tarifparteien unterzulegen, daß sie die Heranziehung der in der Arbeitszeitverordnung ganz allgemein ausgesprochenen Regelung auch für die Auslegung ihres Tarifbeschlusses beabsichtigt haben.

Hiernach war, wie gesehen, zu erkennen.

geg.: Dr. Depenc.

## Flaschenyndikat treibt Preise hoch.

Der „Vorwärts“ schreibt am 16. Oktober 1930: Uns ist ein Fall bekannt geworden, der in klassischer Weise zeigt, wie die Kartellmacht mißbraucht, mitten in der Krise das Preisniveau erhöht und zum Nutzen des Auslandes in Deutschland neue Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Der Fall ist so drastisch, daß seine entwicklungs-mäßige Darstellung das beste Bild von den Schäden dieser Art von Kartellpolitik geben dürfte.

Vor wenigen Monaten wurde ein Flaschenyndikat gegründet, und in der ganz Presse konnte man Darstellungen über die Macht des Syndikats und die Verteilung der Quoten lesen. Ein Großverbraucher von Flaschen hatte vor der Grün-

bung des Kartells, also vor wenigen Monaten, bei einer später dem Syndikat angehörenden Firma große Flaschenlieferungen zu einem festgelegten Preise abgeschlossen. Zwischen Abschluß und Fakturierung erfolgte die Gründung des Kartells. Die Rechnungen lauteten aber nicht mehr auf den festgelegten Preis, sondern waren in einem Falle um genau 40 und im anderen Falle um ziemlich genau 50 Proz. höher. Die Kartellgründung hatte also mitten in der schwersten Wirtschaftskrise zu einer vierzig- bzw. fünfzigprozentigen Preiserhöhung geführt, obwohl die Preise der Rohmaterialien nicht unerheblich gesunken waren.

Es gibt keinen anderen Grund für dieses Vorgehen als den offenkundigen Mißbrauch der durch den Zusammenschluß der Fabriken verstärkten Lieferanten- und Kartellmacht.

Die Sache hat aber noch eine Seite. Der Großverbraucher hat einen großen Teil seiner Bestellungen nicht abgenommen und hat sich zum Kauf der Flaschen nach Polen gewandt. Dieselben Flaschen, die das deutsche Kartell im Preise von 19 auf 26,50 RM, also um 40 Proz., heraufgehoben wurden, sind in Polen für 16,75 RM angeboten, und die Flaschen, deren Preis vom Kartell von 15,75 auf 23,25 RM, also um 50 Proz., erhöht worden war, wurden in Polen für 10,60 RM angeboten. Die polnischen Angebotspreise lagen also noch ganz erheblich unter den Fabrikpreisen vor der Kartellgründung.

In der Eingabe, die der genannte Verbraucher an den Reichswirtschaftsrat gerichtet hat, heißt es zum Schluß: „Ich wäre also durch das Syndikat gezwungen, meinen Bedarf in Flaschen, der außerordentlich groß ist, nicht mehr in Deutschland zu decken, sondern im Ausland, was unbedingt wiederum zur Verachtlichung der deutschen Arbeiterschaft führt; wiederum treibt mich der Preiswucher des Syndikats zu einem Verhalten, welches der deutschen Volkswirtschaft ungünstig ist.“

Wenn die von dem Verbraucher aufgestellten Behauptungen richtig sind, so liegt hier ein Kartellpolitisch-ökonomischer Skandal allerersten Ranges vor. Es ist von den Regierungsstellen zu verlangen, daß den Dingen sofort nachgegangen und von den gezielten und verordnungsähnlichen Verfügungen der Regierung Gebrauch gemacht wird. Der Fall selbst bezieht sich in hohem Maße auf den Geist, der die deutschen Unternehmer beherrscht, wenn sie Kartellpolitik machen. Das ganze Verbot von

dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Kartelle sind Weisheiten, die nachher erfinden werden, um Angriffe gegen die Politik der Kartelle abzuwehren. Die Kartelle sind und bleiben eine Gefahr für die Volkswirtschaft. Die Schaffung eines Kartellamtes, die Einführung einer volkswirtschaftlichen Kartellkontrolle ist dringender als je. Das beweist auch dieser Fall.“

Die Glasvereinigungen bestreiten vorläufig die gemachten Angaben. Öffentlich erklärt die Öffentlichkeit recht bald, wie sich die Dinge in Wirklichkeit abgespielt haben.

### Polens Glasindustrie.

Die polnische Glasindustrie ist in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden. Trotz der Schwierigkeiten, die dem Ausbau wegen der schwierigen finanziellen Lage und der Unsicherheit der politischen Verhältnisse entgegenstehen, ist es gelungen, die Produktion bedeutend zu steigern. Es kann allerdings nicht übersehen werden, daß auch erhebliche staatliche Mittel verwendet werden, um die für den Zubehörsbedarf arbeitenden Industriezweige entsprechend der Nachfrage produktionsfähig zu machen. Dies trifft besonders auf die Glasindustrie zu. Polen führt jährlich beträchtliche Mengen an Glaswaren ein, und daher das Bestreben, durch die Schaffung einer leistungsfähigen Glasindustrie die Einfuhr zu verringern. Ganz wie man auf die Einfuhr nicht verzichten können, was übrigens kein Land kann, aber man wird die Mengen bedeutend herabsetzen. Die Gesamteinfuhr des Jahres 1929 an Glaswaren betrug rund 10.800 Tonnen im Werte von 13,9 Millionen Floty. Im Jahre 1928 stieg die Einfuhr auf 8550 Tonnen im Werte von 13,9 Millionen Floty. Die Einfuhr ist, wie man sieht, mengenmäßig nicht unbeträchtlich gestiegen, wertmäßig ist die Steigerung infolge rückläufiger Weltmarktpreise nicht in dem gleichen Maße erfolgt. Hauptsächlich werden technische Gläser und Zusatzgläser eingeführt.

Zusammen waren Ende 1928 in Polen 66 Glasfabriken im Betrieb, davon 45 in Kongresspolen, 10 in den Westgebieten, 6 im Osten und 5 in Galizien. Die Zahl der Arbeiter betrug 1928 16.200 gegen 14.600 im Jahre 1927. Rund 70 Prozent der Glasarbeiter sind in den Kongresspolen liegenden Fabriken tätig. Die Herstellung von Tafelglas stieg von 9485 Tonnen im Jahre 1927 auf 21.024 Tonnen im Jahre 1928. Von dieser Erzeugung kamen 1928 auf Kongresspolen 14.122 Tonnen, auf Galizien 6042 Tonnen und auf den Osten 860 Tonnen. Die Herstellung von Saugglas und technischen Gläsern stieg von 812 auf 948 Ton-

nen, davon entfiel der Hauptteil mit 820 Tonnen auf die Ostgebiete. In Galizien, Flaschen usw. wurden 1927 87.936 Tonnen, und 1928 90.219 Tonnen hergestellt; davon entfielen im letzten Jahre 70.658 Tonnen auf Kongresspolen, 11.127 Tonnen auf die Westgebiete, 6509 Tonnen auf den Osten und der Rest auf Galizien. Die Herstellung von anderen Gläsern, insbesondere von Zusatzgläsern, stieg von 25 auf 163 Tonnen und beschränkte sich auf die Fabriken in Kongresspolen. Im großen und ganzen wurde die Glasindustrie in ihrer Leistungsfähigkeit 1928 ziemlich voll ausgenutzt. Die Vorräte, die zu Ende des Jahres 1928 noch vorliegen, beschränkten sich auf 2379 Tonnen Tafelglas, 64 Tonnen technische Gläser und 5167 Tonnen Glaswaren, Flaschen usw.

In diesen Zahlen dokumentiert sich der Produktionsanstieg. Erwähnt sei auch die Ausfuhr, die allerdings sehr gering ist. Sie betrug 1929 rund 1670 Tonnen im Werte von 1,6 Millionen Floty.

### Glasstättenyndikat in Polen.

Es wird bereits seit längerer Zeit über die Gründung eines Syndikats bzw. eines Verkaufsbüros der Glasfabriken in Polen verhandelt, dessen Entstehung mit Rücksicht auf die gegenwärtige schwere Konjunktur sehr erwünscht ist. Anfang September fand in dieser Angelegenheit eine Sitzung statt, in der die Vertreter der Glasfabriken sich für die Gründung des Syndikats ausgesprochen. Die weiteren Arbeiten sollen zur Lösung verschiedener Fragen, wie die Verteilung der Kontingente usw., beitragen. In der für die nächste Woche angeführten Sitzung soll in dieser Angelegenheit wieder verhandelt werden.

### Zusammenschlußverhandlungen der Pregelglasindustrie.

Der schon seit längerer Zeit beabsichtigte Zusammenschluß der Pregel-, Hohl-, Platten- und Kachelglasfabriken wird sich vorläufig auf die Pregelglasindustrie erstrecken, und bereits für Anfang nächsten Monats sind erneute Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen geplant. Zweck der Bestrebungen ist, die bei den verringerten Absatzmengen stark überflüssige Industrie zusammenzuschließen und kleinere, finanzschwache und veralteten Maschinen arbeitende Betriebe aufzukaufen und stillzuliegen. Bemerkenswert ist, daß ein Teil derartiger Firmen sich bereits zur Aufgabe ihrer Erzeugung entschlossen hat. Für Durchführung des Zusammenschlusses sind von einer Gruppe Banken bereits Geldmittel in Aussicht gestellt worden.



## Villeroy & Boch, Dresden, stillgelegt.

Auf Grund der Betriebsstilllegungsverordnung vom 15. Oktober 1928 teilen wir hierdurch mit, daß wir in Ausführung eines Beschlusses unseres Aufsichtsrats vom 23. August 1930 den Betrieb unseres Werkes Villeroy & Boch, Keramische Werke AG, in Dresden, jetzt ganz stilllegen werden. Dieser Beschlüß beruht darauf, daß auf Grund der ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie auch der zu hohen Erziehungskosten im Dresdner Werk die Wirtschaftlichkeit unseres Betriebes auf die Dauer ausgeschlossen ist. Von der Stilllegung werden alle Beamten, Angestellten und die gesamte Belegschaft betroffen. Die Zahl der derzeit Beschäftigten ist 98 Angestellte und Beamte und 1310 Arbeiter. Seit 3. Juli arbeitet unser Werk verkürzt. Die augenblickliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt wöchentlich bis 32 Stunden.

Obige, dem Sächsischen Wirtschaftsministerium erstattete Stilllegungsanzeige wurde der Belegschaft des Dresdner Werkes der Firma Villeroy & Boch am 23. August, also am Tage der Beschlüßfassung durch den Aufsichtsrat bekanntgemacht. Bei der Bedeutung, die die Firma innerhalb der feinkeramischen Industrie und wohl innerhalb der deutschen Industrie überhaupt einnimmt, ist es verständlich, daß diese Stilllegung, trotz der auf diesem Gebiete in den letzten Jahren zu verzeichnenden Wärmung, die Öffentlichkeit aufhorchen ließ. Alle Welt kennt diese Firma als eine finanziell gesunde, vom Bankkapital unabhängige Gesellschaft. Kapitalmangel, wie er bei den meisten Stilllegungen immer wieder als Grund angegeben wird, dürfte bei der Firma V. & B. nicht in Frage kommen. Abhängigkeiten? Sie können sich bei dem Charakter der Dresdner Produktion einstellen. Sie sind aber bestimmt zu beheben und können demnach keinen Grund zu einer gänzlichen Stilllegung eines solchen für die Gesamtindustrie maßgebenden Werkes bilden. In hohe Erziehungskosten? Sie werden als einer der in Frage kommenden Faktoren der Aufsichtsbehörde gegenüber ins Feld geführt. Ob man aber in der Lage ist, diese Behauptung objektiv zu beweisen, gehalten wir uns noch zu bezweifeln.

Zeige an dieser Stilllegung eine größere Öffentlichkeit Anteilnahme, so haben wir als Industrieangehörige die Pflicht, uns mit derselben etwas intensiver zu beschäftigen, denn die Firma V. & B. mit ihren 6000 Beschäftigten — infolge der Saarkrisis — ist immer noch das größte keramische Unternehmen Deutschlands mit.

Die Herren Alfred Villeroy und Eugen Boch, die, um das zum Varen des Betriebes benötigte Gelände käuflich erwerben zu können, vorerst das Bürgerrecht der Stadt Dresden erworben hatten, waren keine Laien, als sie in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beschlossen, ihr geplantes neues Werk in Dresden errichten zu lassen. Im Gegenteil, als Praktiker handelten sie, als sie ihre Wahl trafen. Maßgebend für diese Wahl war doch wohl die nahe Gegenwart, das im Meißner Lande große Vorkommen des wertvollsten keramischen Ton und die in unmittelbarer Nähe von Dresden gewonnene Steinkohle. Richtige Voraussetzungen für eine glänzende Entwicklung der feinkeramischen Industrie waren also gegeben. Wenn auch die Steinkohle des Meißnerlandes Grundes sich bald als nicht brauchbar für das Brennen feinkeramischer Produkte erwies und man demzufolge die schlesische Steinkohle heranziehen mußte, wurde die Entwicklung des neuen Werkes nicht aufgehalten. Bald hatte man übrigens gelernt, die im nahen Böhmen lagernde Qualitätssteinkohle zu verwenden, wodurch eine Verbilligung der Produktion eintrat.

Die damaligen Erzeugnisse der Fabrik, anscheinlich Stachelware, fanden guten Anklang auf dem Marke. Das Geschäftsjahr Juli 1874 bis Juni 1875 brachte schon einen Warenabsatz im Werte von 1.500.000 RM. Diese günstige Entwicklung war wohl auf den hochwertigen Charakter und die qualitative Verarbeitung der Erzeugnisse zurückzuführen.

Es ist leicht zu sehen, wenn wir aus der Chronik des Werkes erkennen können, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Hälfte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts parallel den derzeitigen zu stellen sind. Auch damals lag es einer nicht zu verantwortenden Lederproduktion, eine Wirtschaftskrise, die es veranlaßte, die Erzeugnisse zu den gewöhnlichen Preisen abzusetzen.

Der Absatz der Erzeugnisse ließ sich in den folgenden Jahren, wenigstens wertmäßig nicht steigern. Die gesunkene Kaufkraft erzeugte bei den bisherigen Großabnehmern des Dresdner Werkes ein größeres Interesse für das minderwertigere, aber bedeutend billigere Massfeingut, das von den mittelständigen Betrieben — schon damals in recht großen Mengen hergestellt wurde.

Diese für das qualitative Feldspatfeingut so schwierig gewordenen Marktverhältnisse wurden aber in verhältnismäßig kurzer Zeit behoben. Einmal durch eine stärkere Betonung des Qualitätscharakters, dann aber auch durch Aufnahme neuer Erzeugnisse und einer verbesserten Veredelung wurde dies erreicht. Erleichtert wurde diese Umstellung durch die schon damals vorhandene hochleistungsfähige Arbeiterschaft, eine Folge der zu jener Zeit wohl nur in der Großstadt möglichen Arbeiterauslese. Nicht nur der Nachwuchs für die männlichen Facharbeiter — Gestaltung und Malerei — wurde sorgfältig ausgewählt, sondern auch die Hilfsarbeiter. Hier besonders, soweit diesen das Brenngut anvertraut werden mußte. Noch einen anderen, besonders hoch zu bewertenden Vorgang brachte der Firma die Großstadt als Standplatz des Werkes auf dem Gebiete der Arbeiterbeschaffung. In einer Zeit, während der noch in den feinkeramischen Betrieben, vor allem in der Steingutbranche, die Malerei ein unbekannter Begriff war, arbeitete die Firma Villeroy & Boch in den Veredelungsabteilungen ihres Dresdner Werkes mit einigen Hundert weiblichen Arbeiterinnen. Gewiß ein Faktor, der dem Werke den Konkurrenzkampf mit den Massfeingutbetrieben und auch mit den Stapelwarenbetrieben der Porzellanindustrie erleichterte.

Die rapid wachsende Bevölkerung Deutschlands — seit 1856, dem Jahre der Inbetriebnahme der Dresdner Steingutfabrik, bis 1900 um rund 20 Millionen Köpfe, ließ auch den Bedarf an feinkeramischen Erzeugnissen wachsen. Gleichzeitig mit dieser Bedarfsteigerung vollzog sich aber ein Wandel in bezug auf die Warenverteilung. Neue Verkaufsgebiete entstanden in der Form von Warenhäusern, die mit den Spezialhäusern in scharfen Wettbewerb traten. Die letzteren fanden in ihrem Kampfe die Unterstützung der Erzeuger. Die Auswirkung dieses Kampfes machte sich aber in der feinkeramischen Industrie sehr bald in der Errichtung neuer Produktionsstätten bemerkbar. Teilweise wurde diese Entwicklung von den Warenhäusern finanziell gefördert, denn sie wollten und konnten wohl auch nicht auf bestimmte, als vorzügliche Lackartikel erkannte feinkeramische Erzeugnisse verzichten. Diese konnten sie damals aber nur von Werken erhalten, die mehr oder weniger von ihnen abhängig waren.

Diese, als „Lackware“ als „Warenhausbetrieb“ bezeichneten Verhältnisse beschränkten sich sehr bald nicht auf die bloße Beförderung der Warenhäuser; sie machten sich mit ihren, minderwertigen Waren auf dem gesamten Markt — wie bemerkbar und verstanden auch, sich einen Platz erst vom Weltmarkt zu erobern.

Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren für die Dresdner Steingutfabrik der Anlaß zu einer erneuten Erweiterung der Produktion. Schon vor 1850 versuchte man sich in der Herstellung von Spülwaren. Ein Wettbewerb mit den englischen Produkten dieser Branche schien aber vorerst aussichtslos zu sein. Um die Jahrhundertwende begann man dann aber die Spülwaren aus einer neuen Masse, sogenannten Hartfeingut, anzufertigen. Daraus kam das seit Mitte der neunziger Jahre auch für die Steingutindustrie möglich gewordene Siebfeingut. Der Weg für einen größeren Absatz war damit geebnet und schon 1906, bei Gelegenheit des fünfzigjährigen Bestehens der Dresdner Fabrik konnte betont werden, daß fast die Hälfte der Gesamtproduktion durch die Spülwarenabteilungen bestritten wurde. Auch durch die Schöpfung einer verhältnismäßig kleinen, aber für das Werk sehr wertvollen Abteilung, wurde wiederholt der Beweis erbracht, daß Abhängigkeiten durch Entwicklung von Initiative zu meistern sind. Eine preisfähige Leistung und ebensolche Arbeiterschaft haben diese glänzende Entwicklung des Werkes ermöglicht und damit den Weltkrieg der Firma V. & B. geschaffen.

Die Arbeiterschaft war an dem Auf und Ab der Konjunktur während der langen Zeit des Bestehens des Betriebes immer persönlich beteiligt. Meist mußten sie Verdienst-

beschränkungen auf sich nehmen. In Entlassungen wurde nur selten gespart. Die Werkleitungen waren sich wohl bewußt, daß ihre Produktion in allen Abteilungen eine hochwertige, erfahrungsreiche Arbeiterschaft erforderte.

Diesem Festhalten am Qualitätsgedanken war es zweifellos zu verdanken, daß sich das Werk allen wirtschaftlichen Widerwärtigkeiten zum Trotz nicht nur behaupten, sondern geradezu beispiellos aufwärts entwickeln konnte. Die Belegschaft stieg von 1874 bis zum Jahre 1881 von 690 auf 699, bis 1905 auf 1598 Köpfe, und bei Kriegsbeginn betrug die Zahl aller Beschäftigten rund 2000. Interessant ist bei dieser Aufwärtsentwicklung, daß diese sich vollzog, obwohl der Anteil des Lohnes an den Erzeugungskosten nach den Angaben der Firma sich ebenfalls fortgesetzt erhöhte. Er soll betragen haben 28 Proz. im Jahre 1874, 37 Proz. im Jahre 1881 und 48 Proz. im Jahre 1905. Für die späteren Jahre sind Zahlen leider nicht erreichbar. Zweifellos ist der Lohnanteil heute aber nicht so hoch wie 1905, denn gerade im Dresdner Betrieb der Firma V. & B. hat sich die Produktivität des einzelnen Arbeiters, vor allem in den maßgebenden Gestaltungsabteilungen, in weit größerem Ausmaße als der Nominallohn erhöht.

Im kommenden Jahre würde das Werk sein 75jähriges Bestehen feiern können. Man darf sagen, am Vorabend zu diesem Jubiläum hält es nun der Aufsichtsrat, nicht die Werkleitung, für notwendig, zu bestimmen, daß die Produktion eingestellt wird. Die anarischen Zustände unserer Wirtschaft können nicht drastischer illustriert werden als durch diese Stilllegung.

Bis vor wenigen Jahren wurde in allen Werken der Firma V. & B. nur ein Qualitätsfeingut hergestellt. Vor einigen Jahren hielt es aber die Firma für notwendig, in Form eines Kampfbetriebes zu errichten. Einen Betrieb, der den Preisunterbietungen verschiedener Massfeingutbetriebe entgegenarbeiten sollte. In diesem Zwecke machte man sich in diesem neuen Werke nicht nur alle technischen Errungenschaften zu eigen, sondern es wird dort auch ein ordinärer Steingut erzeugt. Der Gegensatz zu dem früheren Leitmotiv des Dresdner Werkes ist klar erkennbar. Früher Steigerung der qualitativen Leistungen, um der Konkurrenz mit Erfolg begegnen zu können, heute der Versuch, durch eventuelle noch billigere, ordinäre Erzeugnisse den Konkurrenten niederzurängen. Gegenwärtig steht es allerdings aus, als wenn durch diese neue Kampfsmethode nur die eigenen Qualitätsbetriebe niedergewürden würden.

Außer dem Dresdner, soll ja auch das Bonner Werk, das qualitativ wie das erste bewerte werden muß, stillgelegt werden. Und gerade diese Tatsache ist es, die uns die eigentlichen Beweggründe, die Veranlassung zu diesen Stilllegungen gewesen sind, erkennen lassen. Die Firma V. & B. weiß, daß der Markt trotz der Wirtschaftskrise auf ihre Feldspatzeugnisse nicht verzichtet. Sie hat aber im Saargebiet Betriebe, die einen ähnlichen Charakter, wenn auch nicht in der gleichen qualitativen Bearbeitung, dem deutschen Konsumanten anbieten. Diese Saargebiete arbeiten aber bedeutend billiger. Einmal soweit der direkte Arbeitslohn, dann aber auch soweit die sozialen Lasten in Frage kommen. Die Firma V. & B. macht gern in Entzweiflung, wenn in Bezug auf den deutschen Außenhandel das Saargebiet als Exportland angesprochen wird. Es regt sich dann bei den maßgebenden Herren das Gefühl, diesem Deutschland scheinen aber bestimmte Grenzen gezogen zu sein, denn sonst könnten in einer für Deutschland so schwierigen Zeit wie der gegenwärtigen, Betriebe von der wirtschaftlichen Bedeutung der Dresdner Steingutfabrik nicht einfach geschlossen werden. Hätte die Belegschaft dieses Werkes aus Anrechtsnatur bestanden, bei jeden Selbstbezweifelns, dann hätte es wahrscheinlich für die Firma andere Wege zur Behebung der vorhanden sein sollenden betrieblichen Nöte gegeben.

Warten wir ab, ob man auf die Dauer auf die Dresdner Produktion verzichten kann. Darüber hinaus würden wir aber aufrichtig, daß die noch bestehenden Schranken zwischen dem Saargebiet und dem Reich recht bald fallen. Erst dann wird es möglich sein, den Herren von Metlach zu beweisen, daß auch in dem bisherigen Königreich der „v. Boch“ der Begriff von den „Untertanen“ sich gewandelt hat. Nicht nur unsere Kollegen im Saargebiet, sondern unsere Kollegen in allen Betrieben der Weltfirma V. & B. werden aus der „Vorforderung“ des Saargebietes Nutzen ziehen.

**Neufelwitig.**

Auch die Porzellanfabrik Heintzel & Müller in Neufelwitig mußte sich am Ende des vorigen Jahres der wirtschaftlichen Entwicklung beugen. Von der Macht der Porzellanindustrie erdrückt, fusionierte sich die Firma Heintzel & Müller mit dem Kloster Weilsdorf-Konzern. Ein harter erbitterter Kampf muß seit dieser Zeit vom Betriebsrat und der Belegschaft um die tariflichen Rechte geführt werden, denn der von der Konzernleitung nach hier beorderte Mann, ein Herr Schindhelm aus Kronach, sieht seine Hauptaufgabe als Direktor darin, daß er versucht, die Löhne zu drücken, die Stückpreise herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wohl wurde bei Eintritt der neuen Betriebsleitung erklärt, daß der Tarif unbedingte Anerkennung finden würde, wie auch im allgemeinen eine weitgehende soziale Einstellung alle Maßnahmen der Betriebsleitung in Zukunft beeinflussen sollte. Was Herr Schindhelm unter Tarifreue und soziale Einstellung verstand, zeigten die folgenden Monate. Gar zu gern hätte er die Belegschaft und den Betriebsrat überzeugt, daß die tariflichen Abordnungen, Spitzenlöhne und die Mindestlöhne Normallöhne seien. Beim geringsten Ueberreichen der Abordnungen wurde der Versuch gemacht, ohne die tariflichen Preisbestimmungen zu fragen, die Stückpreise herabzusetzen. Leider gibt es Kollegen und vor allen Dingen Kolleginnen, die sich solche soziale (!) Maßnahmen gefallen lassen. Ein Wunder ist es nicht, wenn man den Terror eines Herrn Raasch (Betriebsleiter von Sch. Gauden) in Betracht zieht. Mit dem ständigen Hinweis, daß alle die, die gegen die Maßnahmen des Betriebsleiters aufmucken, beim nächsten Schub mit auf die Straße fliegen, gelang es ihm ansehnlich, einen Teil der Belegschaft einzuschüchtern. In den Abteilungen, in denen ein guter Stamm alter Gewerkschafter sitzt, hatte man ja weniger Glück, aber in den Abteilungen, wo hauptsächlich Mädchen beschäftigt werden, gelang es den beiden großen Wirtschaftsführern Sch. und R., ihr Ziel zum Teil zu verwirklichen. Wochenlöhne von drei, fünf, acht und zehn Reichsmark gehören da nicht zu den Seltenheiten. Wohl gelingt es dem Betriebsrat in den meisten Fällen, den Tariflohn herauszuholen, aber leider nimmt gar manche Kollegin den zu niedrigen Lohn, ohne ihr tarifliches Recht zu fordern. Allerdings geht es in dieser Abteilung (Stanzerei) zu wie in einem Taubenstall. Wenn das jetzt schon bei der darniederliegenden Wirtschaft der Fall ist, kann es ergötzlich werden, wenn der Arbeitsmarkt wieder aufnahmefähig ist. Von der auf beachtlicher Höhe stehenden Produktion von Hochspannungsisolatoren ist man abgekommener. Wahrscheinlich stellt die Herstellung von Niederspannungsisolatoren weniger Anforderungen an das Können der verantwortlichen Personen. So stehen noch eine Menge hochqualifizierter Dreher und Porzellanarbeiter außer Arbeit, während andere Abteilungen beschäftigt sind. Dieser Mangel an Arbeit ist es ja, den man benutzen will, um die Rechte und die Löhne abzubauen. Als leuchtendes Beispiel wurden beim Preismachen die Preise

des stillgelegten Kronacher Konzernbetriebes von der Firma verwendet, natürlich mit der Gemeinabsicht, daß die Kronacher Kollegen trotzdem bedeutend mehr verdient hätten. Eine Nachprüfung dieser Angaben an Ort und Stelle hätte allerdings andere Feststellungen als Ergebnis. Die Neufelwitiger Belegschaft wird sich nie die Verhältnisse aufzwingen lassen, obwohl auch ihr schon allenthalben angeboten wurde. So wollte kürzlich der Oberdreher W. seinen Drehern verbieten, während der Arbeitszeit ihre Bedürfnisse zu verrichten, dazu wären die Paulen da. Arbeiter, Kolleginnen, merkt ihr, was auf euch wartet, wenn ihr nicht wachsam seid? Zu willenslosen Arbeitstieren möchte man euch machen, die auf jedes Hü und Gott reagieren, bis sie zusammenbrechen. Verhinbert das, wahrst euer Menschenrecht. Organisiert euch im Verband der Fabrikarbeiter!

**Trotz Zollerrhöhung Absatzmöglichkeiten.**

Ein Neuporzer Geschäftsmann schreibt der „Industrie- und Handelszeitung“:  
„Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten Nordamerikas hat speziell das Geschäft in billigen Steingutartikeln stark getroffen. Schon vor dem neuen Zolltarif ist ein großer Teil des Geschäfts in billigen Steingutartikeln, soweit Import in Frage kommt, von Deutschland weggezogen und nach Japan geworfen worden, weil Japan die deutschen Preise 25 bis 30 Prozent unterbieten konnte, allerdings auf Kosten der Qualität und teilweise auch Ausführung. Durch die gedrückte Geschäftslage war jedoch Qualität keine Hauptfrage mehr, sondern es kam hauptsächlich auf die billigen Preise an. Das Geschäft in Cup und Saucer beispielsweise liegt heute, soweit es Steingut betrifft, fast ausschließlich in japanischen Händen und auch 10-Cent-Artikel in Steingut kommen nur in vereinzelten Fällen von Deutschland herein, während Japan hierin das große Geschäft macht. Durch den erhöhten Zolltarif ist auch das Geschäft in Porzellan sowie sehr nachteilig beeinträchtigt worden und wird es viele Monate noch nehmen, bis die durch den erhöhten Zoll betroffenen Artikel wieder in die notwendigen Einheitspreislagen gebracht werden, einerseits auf Kosten der Größe, andererseits auf Kosten der Ausführung und Dekor. Die allgemeine Kaufkraft heute, soweit es sich um Steingutartikel in billigen Preislagen handelt, wendet sich in erster Linie Japan zu, weil Japan im Preise viel billiger ist und eben die Preisfrage heute die Hauptrolle spielt. Ich spreche hier hauptsächlich von 10-Cent-Artikeln, 25-Cent- und 50-Cent-Metal-Artikeln. Bei den Artikeln über 50 Cent retail mit Ausnahme von Cerealsets, Miringbowls etc. ist der erhöhte Zoll nicht stark spürbar. Es zeigt sich heute bereits, daß viele Einkäufer trachten, 10-Cent-Steingutartikel durch thüringische Porzellanartikel zu ersetzen, weil solche, soweit sie nicht als Tableware in Verwendung kommen, den erhöhten Zollsatz von 10 Cent per Dbd. nicht zu bezahlen haben. Darin liegt meiner Ansicht nach ein zu erwartender Aufschwung in

thüringischen Porzellanartikeln. Es wird ja immerhin den deutschen Artikeln, auch bei einem etwas höheren Preise stets der Vorrang gegeben, weil Japan niemals so rein, exakt liefern kann, wie die thüringischen Fabriken.

Die derzeitige Geschäftslage ist als freundlich zu bezeichnen, es zeigt sich bereits am Markt inoffiziell eine Besserung, als die Nachfrage nach billigen Importartikeln, soweit hier Lager davon herrscht, sehr groß ist und sich solche reich absetzen lassen. Die Aussicht für 1931 für Import-Orders kann als gut bezeichnet werden, wenn sie auch die Rekordhöhen von 1929 nicht erreichen dürfte. Es wird noch weitere sechs Monate währen, bis die durch die Geschäftssituation entstandenen großen Lagerbestände bei den Monumenten geräumt sind, und erst dann wird der Markt für reguläre Import-Orders wieder offen sein.

**4. Reichs-Porzellan-Woche.**

Die Porzellan-Propaganda beschloß, in der Woche vom 23. bis 30. November 1930 wieder eine Reichs-Porzellan-Woche zu veranstalten. Das ist schon und gut. Gerade in diesem Jahre ist Propaganda notwendig. Die Fabriken brauchen Aufträge. Die Porzellan-Propaganda hat schon durch Porzellanfabriken die Hygiene-Ausstellung in Dresden befehligt, um das Publikum auf die hygienische Bedeutung des Porzellans hinzuweisen, sie wird nun die Reichs-Porzellan-Woche zum Anlaß nehmen, weiten Schichten der Bevölkerung die Erkenntnis zu vermitteln, daß Porzellan vom gesundheitlichen Standpunkt aus betrachtet, das ideale und zweckmäßigste Material für die Zubereitung, Aufbewahrung und das Auftragen der Speisen ist. Die mannigfachen Vorzüge, die das Porzellan als Wertstoff allen anderen Materialien, welche für die Herstellung von Geschirren verwendet werden, voraus hat, müssen dem großen Konsumentenkreis, hinterunter insbesondere den für den Einkauf in erster Linie in Frage kommenden Hausfrauen in wirkungsvoller, den Kaufwillen beeinflussender Weise vor Augen geführt werden.

Die Porzellan-Propaganda wird wie bisher ihr Ziel dazu beisteuern, die Einzelpropaganda der vielen Tausende von Fachgeschäften durch allgemeine Werbemaßnahmen im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten eindrucksvoll zu unterstützen. Plakate werden herausgegeben, an die das Hygiene-Museum mit einer Tafel und der Aufschrift: „Porzellan ist Hygiene“, zu liefern ist. Vierfarbige Postkarten werden an die Händler geliefert. In der Presse soll durch Artikel und Inserate geworben werden. Ein 34 Meter langer Werbefilm wird angefertigt und in den Kinos vorgeführt. Prospekte kommen zur Verteilung. Eine Broschüre „Mund um die Kaffeetasse“ wird herausgegeben, in der in der Hauptsache Abhandlungen über die Zubereitung von Kaffee und Tee enthalten sind. Die Porzellan-Propaganda gab sich also große Mühe mit dem Werben für Porzellan. Hoffentlich wird auch Erfolg damit erzielt.



**Allgemeinverbindlich erklärt.**

Der Reichsarbeitsminister.  
III Nr. 2011/117 Tar.

Berlin NW 40, den 10. Oktober 1930.  
Schaumburgstr. 35.

**Entscheidung.**

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angezeigten Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Parteien des Tarifvertrages:  
a) auf Arbeitgeberseite: Bund nordwestdeutscher Ziegeleien und verwandter Betriebe e. V., Hannover;  
b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 1, Hannover; Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, Abteilung Gewerbeverein deutscher Ziegler, Gau 7, Hannover.
2. a) Tag des Abschlusses: 11. Juni 1929, Manteltarifvertrag nebst Mehrarbeitszeitabkommen;  
b) Tag des Abschlusses: 7. April 1930, Lohnabelle;  
c) Tag des Abschlusses: 13. Juni 1930, Nachtragsvereinbarung zum Manteltarifvertrag;  
d) Tag des Inkrafttretens: 1. Januar 1927, Lohngruppen- und Ortsklasseneinteilung.
3. Versüßlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in Ziegeleien.
4. Männlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim (mit Ausnahme der Dampfziegelei am Osterfeld, D. Braun in Goslar, und des Betriebes der Gewerkschaft Steinberg, Hann.-Münden), Bielefeld (mit Ausnahme der Kreise Harburg und Winjen a. d.

Ruhe, sowie der Ziegeleien Abendorfer Ziegelwerke, Beckmann in Nettelmer, Dampfziegelei (Elba) in Abendorf und Louperk Erbsdorf, sämtlich im Kreise Hildesheim, Esnabrück (mit Ausnahme der Ziegelei Rieberg der Klotzwerke A.-G. in Esnabrück, der Ziegeleien Kruse in Wechtershausen, Kreis Wittlage, Krusemeier in Stottenhausen, Kreis Bielefeld, A. te Velde in Hütenbrod, Kreis Meppen, und Freien & Jänen in Altenbergen (Kreis Meppen), Kreis Nintelr (Grafschaft Schaumburg, Reg.-Bez. Kassel) und Freistaat Schaumburg-Lippe.

- Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf die Ziegeleien A. te Velde in Hütenbrod und Freien & Jänen in Altenbergen bleibt vorbehalten.
- Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 42 des Manteltarifvertrages; sie erstreckt sich ferner nicht auf künftige Änderungen der Arbeitszeitbestimmungen gemäß § 2, Abs. 2 und § 13, Abs. 2 des Manteltarifvertrages sowie nicht auf etwaige Ortsklassenänderungen gemäß Abschnitt C der ab 1. Januar 1927 gültigen Ortsklasseneinteilung.
- Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Oktober 1930.
- Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit den Tarifverträgen.

J. M.: gez. Schmitt.  
Begläubigt: gez. (Unterschrift),  
Ministerial-Kanzleioberssekretär.

Eingetragen am 11. Oktober 1930 auf  
Blatt 825:9799 IId. Nr. 6 des Tarifregisters.  
Der Registerführer, gez. (Unterschrift).

**Nochmals Lohnkosten in der Ziegelindustrie.**

Als Hauptthema auf den Tagungen der Ziegelindustrie wird die Kosten- und Preisfrage behandelt. Immer wieder wird in den gehaltenen Vorträgen die Behauptung aufgestellt, daß ohne Senkung der Lohnkosten als wesentlicher Bestandteil an den Herstellungskosten eine Preisreduzierung nicht erfolgen könne.

Auf der Tagung der schlesischen Ziegelindustrie hielt der Regierungsbaumeister Albert, Direktor des Breslauer Ziegelverbandes einen Vortrag über den Existenzkampf der schlesischen Ziegelindustrie. In diesem Vortrag befindet sich folgende Stelle nach der „Industrie-Zeitung“: „Das Wert produzierte 1912 7500 Millionen Steine (soll wohl heißen 7500 000 D. Verf.), 1929 sogar etwas weniger, und zwar 7540 Millionen Steine (soll wohl heißen 7540 000). Das Lohnkonto betrug damals 48 457 M und im Jahre 1929 125 968 M. Diese Zahl allein dürfte genügen, um zu beweisen, daß die Preis-erhöhungen berechtigt sind.“ Hier wird also die Behauptung aufgestellt, weil die Löhne von 48 457 M im Jahre 1912 auf 125 968 M im Jahre 1929 gestiegen sind, seien die vorgenommenen Preis-erhöhungen berechtigt, ohne anzugeben, wie hoch die Preise in den genannten Jahren stellten. Anscheinend soll durch diese Auslassung vermieden werden, Vergleiche anzustellen. Es bestehen nun aber Angaben über Ziegelpreispreise, so daß man in der Lage ist, auch so die genannten Ziffern in Vergleich zu stellen, da ja die Produktionshöhe genannt wird.

Man rechnete 1912 mit einem Durchschnittspreis von 20 M pro Tausend Steine, 1929 mit 44 bis 45 M: das ergibt eine Steigerung von 120 Prozent. Die Stundenlöhne sollen sich nach einer anderen Stelle des genannten Vortrages von 27 auf 67 Pf. gleich 100 Proz. erhöht haben. — Wir behaupten uns eine Stellungnahme zu diesen Angaben vor. In der Tat würde hiernach eine größere Lohnsteigerung als Preissteigerung eingetreten sein. Da sich aber eine bedeutende Verschiebung in der Kostengestaltung ergeben hat, sich auch summiermäßig das Bild anders stellt, wollen wir kurz die sich ergebenden Summen einander gegenüberstellen.

1912 7 500 000 Steine à Tausend 20 M gleich 151 800 Reichsmark Verkaufseinnahme; davon 48 457 M Lohnkosten sind 31,9 Prozent.

1929 7 540 000 Steine à Tausend 44 M gleich 331 760 Reichsmark Verkaufseinnahme; davon 125 968 M Lohnkosten sind 38 Prozent.

Die Mehreinnahme an barem Gelde durch die Erhöhung der Verkaufspreise beträgt gegenüber dem Jahre 1912 179 960 Reichsmark, die Mehrausgabe an Lohn gegenüber dem Jahre 1912 beträgt 77 511 M. Wäghin hat der Ziegelunternehmer einen Mehrerwerb von 102 449 M im Jahre als Einzelperson; während sich eine ganze Anzahl von Beschäftigten den Mehrerwerb von 77 511 M teilen müssen. Leider ist die Anzahl der Beschäftigten nicht angegeben. Schon aus diesen kurzen Angaben erhellt aber, daß die Erhöhung der Lohnkosten nicht schuld ist an den jetzigen Ziegelpreispreisen.

**Polens Zementindustrie.**

Die im Frühjahr 1930 vorgenommene Erneuerung des polnischen Zementtariffs hat in der Zementindustrie Polens nicht die erwartete Entspannung gebracht. Schon damals gelang es nur mit Mühe und Not, das bereits recht mäßige Kartellgebäude wieder zusammenzukitteln. Zu der schon nicht mehr geringen Zahl von Außenstehern gesellten sich noch einige hinzu, und heute liegen die Dinge so, daß fast sämtliche kleinen Fabriken außerhalb des Kartells stehen. Dadurch ist der Preis-kampf noch schärfer geworden, denn die kleinen Außenstehler verkaufen weit unter den Kartellpreisen. Doch wäre dies für das Kartell immer noch zu ertragen gewesen, wenn nicht jetzt durch den Kolbaw-Konzern in Grodzisk, an dem österreichisches Kapital stark beteiligt ist, eine ernsthafte Störung erfolgt wäre. Der Konzern fühlt sich bei der Belieferung der großen in Gdingen an der Ostsee durchgeführten Hafenbauten stark

**Wie sich Arbeitgeber die Beseitigung der Arbeitslosigkeit denken.**

Sehr viele Wirtschaftler haben sich mit dem Problem Beseitigung der Arbeitslosigkeit befaßt. Je nach ihrer Einstellung zu wirtschaftlichen Fragen kommen sie zu anderen Ergebnissen. Auch von Arbeitgeberseite wird in deren Fachzeitschriften zu dieser gewiß für alle Volksteile brennenden Frage Stellung genommen. Auch die Ziegeleibesitzer haben in gleicher Weise in ihren Zeitungen versucht, Mittel und Wege zu finden, um das Uebel der Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Unlängst erschien in der „Industriezeitung“ ein Artikel, der sich auch mit dieser Frage befaßt. Wir konnten da lesen, daß sich unsere Wirtschaft heute in einem Zustande befände, in dem sie die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht genügend befriedigen könne, trotzdem diese Bedürfnisse vorhanden seien. 2 bis 3 Millionen Arbeitslose seien vorhanden, die in ihrer Mehrheit gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden können. Durch kapitalfeindliche Steuergesetzgebung, durch sinnlose Anwendung des staatlichen Monopolismus, durch sinnlose Erfindung von Hochschulstellen sei die heutige Wirtschaftskrise entstanden.

Zunächst interessiert es uns, daß ein Unternehmer sagt, daß die Millionen von Arbeitslosen gern arbeiten möchten. Daraus hätte man es aber anders, und in den Arbeitgeberzeitschriften konnte man es öfter lesen: Die Arbeitslosenunterstützung sei eine Sozialleistung. Weiter soll der staatliche Monopolismus an dem Elend schuld sein. Wir haben dagegen die Auffassung, daß die privaten Monopole auf die Preisgestaltung eine weit größere Macht ausüben als die staatlichen Einrichtungen. Aber davon reden die Arbeitgeber nicht. Das sind notwendige Einrichtungen, um den Profit des Unternehmertums hochzuhalten.

In der Betrachtung heißt es dann weiter: Daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung eine Lohnschmälerung für den Arbeiter bedeute, andererseits aber auch für den Unternehmer eine Verringerung der Summe bedeute, aus der der Unternehmer die Löhne bezahle. Praktisch bedeute also die Arbeitslosenversicherung für die Arbeiterkraft, d. h. für die jeweils Arbeitenden, eine Lohnschmälerung. In längeren Ausführungen wird dann darauf hingewiesen, daß von 20 Millionen Arbeitenden nur 17 Millionen Beschäftigung hätten, und

diese 17 Millionen müßten 3 Millionen Erwerbslose mit-ernähren. Und zwar erhielten diese 3 Millionen Arbeitslose an Unterstützung pro Person 60 Prozent dessen, was ein Beschäftigter verdiene. Würden nun aber die Löhne soweit gesenkt, daß sie den natürlichen Marktbedingungen entsprechen würden, so könnten anstatt 17 Millionen 20 Millionen Menschen beschäftigt werden. Das Heer der Arbeitslosen sei dann wieder in den Produktionsprozeß eingeführt, und weil keine Arbeitslosen dann vorhanden seien, bräuchten ja auch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, gezahlt zu werden. In schillernden Farben wird weiter berichtet, daß durch ein Sinken der Löhne nicht auch gleichzeitig die Kaufkraft zu sinken brauche. An Stelle der Unterstützung müßte die Beseitigung der Arbeitslosigkeit treten. Der Lohn sei auch nur ein Preis, der sich nach Angebot und Nachfrage, wie auch bei anderen Waren, richten müsse.

Für die Unternehmer scheint das Problem Beseitigung der Arbeitslosigkeit sehr einfach zu sein. Die Löhne brauchen nur gesenkt zu werden, und alles ist in schönster Ordnung. Alle Arbeitslosen finden dann Beschäftigung und brauchen keine Arbeitslosenbeiträge zu zahlen, weil es eben keine Arbeitslosen mehr gibt. Schade, daß immer die Arbeitgeber und die mit ihnen befreundeten Kreise keinen anderen Ausweg aus den Schwierigkeiten wissen als Lohnsenkung. Warum wollen sie es nicht einmal mit dem Gegenteil versuchen. Also keine Senkung der Löhne, dafür aber Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich, so würden 17 Millionen Arbeitslosen freierwerden, so daß bei 7stündiger Arbeitszeit weitere 2 1/2 Millionen Arbeiter beschäftigt werden könnten. Würde dann für den Ausfall der achten Stunde ein Lohnausgleich stattfinden, so würde die Gesamtkaufkraft des Volkes sich heben, was wiederum bedeuten würde, daß mehr Waren verbraucht werden könnten, wodurch die Wirtschaft sich weiter beleben würde. Dann könnten auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung herabgesetzt werden, weil ja das Arbeitslosenheer in den Produktionsprozeß wieder eingegliedert wäre. Notwendig ist, daß das Arbeitslosenproblem mal von dieser Seite angefaßt wird; die Gewerkschaften werden gern ihre hilfreiche Hand bieten.  
Konrad Rottkaff, Detmold

benachteiligt. Während der Abfall der in Ostpolen liegenden Werke ganz erheblich gestiegen ist, hat der des Konzerns sich nur auf der Höhe des vorjährigen zu halten vermocht. Da in Polen die Bahnverbindung vom Süden nach Norden sehr schlecht ist — die direkt durchführende Bahnlinie ist im Bau — und ein Wasserweg überhaupt nicht besteht, so macht die Gegenpartei die Verkehrsverhältnisse dafür verantwortlich. Man wird aber wohl nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß der eigentliche Grund für die Schwierigkeiten in der Industrie mit dem Kartell zu suchen ist. Es zeigt sich hier genau das, was man in Deutschland zu sehen bekommt, daß die Überbeanspruchung des Kartellgedankens eines Tages zu seiner Sprengung führen muß.

Die Entwicklung der polnischen Zementindustrie war in den letzten Jahren infolge des starken Bedarfs sehr günstig. Die jährliche Leistungsfähigkeit ist von 1,4 Millionen Tonnen im Jahre 1927 auf 1,9 Millionen Tonnen im Jahre 1929 gestiegen. In diesem Jahre wird sie auf 2 bis 2,1 Millionen Tonnen geschätzt. Da mit dieser Steigerung der Produktion der Abfall nicht Schritt gehalten hat, hat das Kartell eine Betriebsbeschränkung angeordnet, der sich die Außenländer selbstverständlich nicht fügen. Es ist daher zu Ablehnungen der Vereinbarungen gekommen, was zu einer weiteren Auspitzung geführt hat.

Die Zahl der polnischen Zementfabriken beträgt jetzt 16, davon liegen 11 in Ostpolen, 2 in früheren preussischen und 3 in früheren österreichischen Gebietsanteilen. Die Gesamtzahl der Arbeiter bezifferte sich Ende 1929 auf rund 7000, davon sind allein 2000 in den beiden auf ehemaligem preussischem Gebiet liegenden Fabriken beschäftigt. Die Maschinenkraft der Gesamtindustrie beziffert sich auf 82.000 Pferdestärken. Der Gesamtabsatz betrug 1929 rund 1,9 Millionen Tonnen gegen 1 Million 1928 und 800.000 Tonnen im Jahre 1927. Die Ausfuhr ist bemerkenswerterweise zurückgegangen, und zwar von 145.000 auf 95.000 Tonnen. Hauptabnehmer sind die baltischen Staaten, Schweden und Dänemark.

### Sehnsucht nach Strafgefangenen als Ziegeleiarbeiter.

Anfang September hatten sich die schlesischen Ziegeleibesitzer zu einer großen Tagung in Breslau zusammengefunden, um in einbringlicher Weise der Öffentlichkeit ihre Sorgen zu unterbreiten. Durch die ganze Tagung ging wie ein roter Faden, daß es den Ziegeleibesitzern am schlechtesten von allen Arbeitgebern gehe. Ob die anwesenden Regierungsvertreter diese Klagehelfer als bare Münze entgegengenommen haben, ist uns nicht bekannt.

Auf solchen Tagungen plaudern die Besitzer manchmal Dinge aus, die sich in der Vorkriegszeit in der Ziegelindustrie zutage haben. Und man kann es verstehen, daß sie so große Sehnsucht nach den Verhältnissen der Vorkriegszeit haben. So führte Herr Dr. Grosse von der Arbeitsgemeinschaft schlesischer Ziegeleiverkaufsvereinigungen auf der genannten Tagung folgendes aus:

„Bei der Ziegelindustrie wurden in der Vorkriegszeit auf vielen Werken Strafgefangene und Arbeitshäuser beschäftigt. Ein Werk in der Nähe von Breslau hätte im Jahre 1912 Strafgefangene beschäftigt, und seien 60 bis 75 Proz. der Arbeiter Strafgefangene gewesen. Jeder Strafgefangene hätte einschließlich Kost und Verpflegung pro Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit 2,60 RM gekostet. Bei diesem Werke sei der Lohnanteil im Jahre 1912 pro 1000 Steine 6,88 RM gewesen.“

Durch diese Ausführungen wollte Dr. Grosse beweisen, warum in der Vorkriegszeit die Ziegeleibesitzer in der Lage gewesen seien, präventiv gegenüber den heutigen Verhältnissen die Steine billiger herzustellen. Wir glauben den Besitzern gern, besonders denjenigen, die in der Vorkriegszeit Strafgefangene als Arbeitskräfte hatten, daß sie ihre Steine billig herstellen konnten und auch heute gern Strafgefangene wieder beschäftigen möchten, für die weder ein Tarifvertrag besteht noch sich sonst jemand einsehen könnte. Wir haben ein Interesse daran, daß beide Zeiten nicht wiederkommen.

Erfolge völlig unbemittelten Erfindern zuteil werden sollten, so daß es manche glücklichen Geister gab. Der Erfolg hätte aber im Hinblick auf die große Nachfrage nach Neuheiten noch viel größer sein können, wenn die wirklich guten Erfindungen zahlreicher vertreten gewesen wären. Diese Feststellung sollte zu erhöhter Erfindungsleistung anspornen und vor allem auch unserer eigenen bedrängten Industrie Anlaß geben, zur Stärkung des Exports mehr gute Neuheiten aufzunehmen. Allenfalls wird zur Frühjahrsmesse die Sonderausstellung auf Grund der gesammelten guten Erfahrungen in noch größerem Umfang vom Deutschen Erfinderbund wiederholt werden.

### Klassenkampf in den Gerichtssälen.

Der Kampf Klasse gegen Klasse wirkt sich nicht nur in Streiks, Aussperrungen, Demonstrationen usw. aus. Ein stilles Ringen wird auch in den Gerichtssälen ausgetragen. Die Arbeitsgerichte in Deutschland waren noch nie so beschäftigt wie heute. Von 1923 auf 1929 hat sich die Zahl der hier ausgetragenen Streitigkeiten um rund 50.000 auf 427.000 erhöht. Bei den Arbeitern stiegen die Verfahren um 9,8 v. H. und bei den Angestellten um 22,4 v. H. 278.000 Prozesse wurden bei den Arbeitern 1929 ausgetragen. Die Angestellten waren verhältnismäßig mit 110.000 Prozessen noch stärker vertreten. Die Revisionen beim Reichsarbeitsgericht nahmen um nicht weniger denn 26 v. H. zu. Diese Zahlen beweisen sehr deutlich die Verschärfung der sozialen Gegensätze. Es ist erfreulich, daß es in den Arbeitsgerichten eine Stelle gibt, wo der Arbeiter und Angestellte sein Recht suchen kann. Die Gewerkschaften können auf diese Errungenschaft stolz sein. Wenn sich die Prozesse vor den Arbeitsgerichten in obigem Umfang vermehren, so kommt darin auch eine stärkere Arbeitslast der Gewerkschaftsfunktionäre zum Ausdruck. Denn die allermeisten der vor den Arbeitsgerichten anhängig gemachten Prozesse werden von den Gewerkschaftsangehörigen vertreten.

### Literarisches.

Das soeben erschienene Septemberheft der vom internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin, herausgegebenen Monatschrift in deutscher Sprache „Internationale Rundschau der Arbeit“ enthält in seinem ersten Teil interessante Abhandlungen, von denen insbesondere der Aufsatz „Lohnpolitik und Goldstandard in Großbritannien“ von Interesse ist. In einer weiteren Abhandlung wird die Struktur der polnischen und französischen Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Auswanderungsfrage behandelt. Weiter enthält das Heft wieder zahlreiche Rundschauen, von denen insbesondere auf die Übersichten über das Schlichtungsverfahren in Sowjetrußland, die Arbeitslosigkeit, die Arbeitszeit und Löhne und den internationalen Austausch junger Arbeiter hingewiesen sei. Ferner enthält das Heft Unterlagen über die internationale Ein- und Auswanderung. Der statistische Teil bringt Übersichten über die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern sowie über die Mittelwerte der Lebenshaltungskosten in den wichtigsten Ländern der Welt. Die „Internationale Rundschau der Arbeit“ kommt zum Preise von 1,50 RM je Heft, im Jahresbezug (12 Hefte) 15,— RM, zuzüglich Porto, durch den Buchhandel oder unmittelbar vom internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin NW 40, bezogen werden.

„Ho, Kosaken!“ Ein Roman von Johann Komároul. Die Kosaken, die in den Niederungen der Latorca wohnen, haben der Abstammung nach nichts mit den russischen Kosaken zu tun. Eigentlich werden sie nur Kosaken genannt, weil sie so wild und unverträglich sind wie ihre Namensvettern jenseits der Grenze, und weil sie einige der typisch kosakischen Lebensgewohnheiten angenommen haben. Es sind kleine Gruppen, isoliert zwischen Ungarn und Slowaken, und sie wären längst in alle Winde verweht, wenn sie nicht so fest zusammenhielten. Der alte solidarische Geist der Horde beherrscht sie und macht sie nicht nur den Slowaken und Ungarn, mit denen sie sich unaufrichtig erzeuelt, gefährlich, sondern auch den Herren des Landes, den Gutsbesitzern, den allwissenden Paulizern und ihren Verwaltern. Diese Kosaken, denen einst die Weide und der fischreiche Fluß und das Holz und Wild des Waldes gehörten, sind proletarisiert worden. Stück für Stück wurde ihnen entrissen, sie sind als Grubenarbeiter, Holzfäller, Bahnarbeiter und Fabrikarbeiter abgetrieben, aber sie haben nicht vergessen, daß sie freie Männer waren. Ein Oberkosak hält die Horde zusammen. Er hat die Autorität eines alten Stammeshauptlings, und er hat die Kraft seines Mutes, seiner Anreizlust, seiner körperlichen Stärke. Er ist ihr Hauptling, und wenn er seinen Kampf „Ho, Kosaken!“ ausstößt, dann gibt es „Arbeit“, dann heißt es, die Deichel vom Wagon los und drauf — Nieder mit den Slowakenhunden, Tod den Herren!“ Als der Verwalter die Kosaken aus den letzten Resten ihrer alten Rechte verdrängen will, da zünden sie ihn Tonne und Heuschoker an. Einer wird dabei vom Verwalter erschossen, und der Oberkosak soll verhaftet werden. Er ruft mit seinem „Ho, Kosaken!“ nach Hilfe, aber in dieser entscheidenden Stunde läßt ihn die Horde im Stich. Er wird überwältigt und ins Gefängnis geworfen. Alles wird am Ende nicht so schlimm, wie es aussah. Der Verwalter kamt nach, von den Ereignissen bestürzt und von einer Tragödie in seiner Familie erschüttert, aber auch die Kraft der Kosaken ist gebrochen. Sie „dürften“ wieder für den Herrn arbeiten, nehmen sogar an seinem Erntefest teil, und als sie nach dem Fest wieder die alten werden wollen, da gelingt es ihnen nicht recht. Ihr „Tod den Herren!“ wirkt wie eine Selbstverspottung. Sie waren ein einziges Mal nicht einig, das ist ihr Ende.

Der Dichter Komároul hat dieser Geschichte die Verklärung einer Kindheits- und Jugendzeit gegeben. Mit den stauenden Augen eines Kindes hat er dieses letzte Kapitel eines Kosakendaseins mit angesehen. Der Oberkosak war sein Großvater, und mit allen Fähigkeiten er sich verstand. — In einem Anhang „Haus an der Landstraße“ ergänzt der Dichter seine Kindheits- und Jugendzeit, vertieft er die Milieuschilderungen und die lauten Geschichten des Romans klingen aus in eine bezaubernde Harmonie von schmerzlicher Sehnsucht, schwärmerischer Traurigkeit und feinem Humor. Die meisterhafte Kunst der Erzählung Johann Komárouls blieb bei der von Alexander von Sachse-Masoch feinsinnig und mit begeisterter Scheu vor ihren Schönheiten besetzten Übertragung erhalten. Das wertvolle Werk erschien als vornehm ausgestatteter Dreimarkband bei der Hohenberg-Verlagsanstalt, Berlin, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Dichter wie Komároul in den deutschen Sprachgebieten bekanntzumachen.

Wortels Duanrods Gesetzessammlung, Band „Arbeitsrecht“, von Dr. Franz Goerzig, Ersatzblätter Folge 8. Preis mit dem vollständigen Werk 12,50 RM. Verlag Friedrich A. Wörl, Leipzig C. 1, Königstraße 26 B. — Die vorliegende 8. Folge Ersatzblätter enthält die durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 getroffenen umfangreichen Bestimmungen, soweit sie sich auf das Arbeitsrecht beziehen. Hier bewahrt sich das Lose-Blatt-System von „Wortels Duanrods Gesetzessammlungen“ wieder ganz besonders, denn die Besitzer von Goerzigs „Arbeitsrecht“ waren durch die schnelle Lieferung dieser derartig wichtige Bestimmungen enthaltenden Ersatzblätter, die in gewohnter Weise in das Hauptwerk einbezogen werden konnten, sofort wieder im Besitz einer vollständig neuen Gesetzesausgabe.

# Internationales

## Entwicklung der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei.

Der Zentralgewerkschaftsrat der tschechoslowakischen Gewerkschaften hat zu seinem Kongreß, der vom 21. bis 24. September in Prag tagte, einen umfangreichen Bericht herausgegeben, der einen Vergleich über die Entwicklung der freien Gewerkschaften in der Tschechoslowakischen Republik ermöglicht. Mit Beginn des Jahres 1927 sind bekanntlich die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Gemeinsamen Landeszentrale, dem „Odborové sdružení ceskoslovenské“ beigetreten. Dadurch erhöhte sich die Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Landeszentrale von 347.564 im Jahre 1926 auf 541.637 im Jahre 1927. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage konnten die freien Gewerkschaften ihren Mitgliederstand bis Ende 1929 um 17.885 neue Mitglieder auf 559.522 erhöhen. Die freien Gewerkschaften umfassen derzeit ein volles Drittel aller gewerkschaftlich organisierten und sind damit zur weitaus stärksten Gewerkschaftsgruppe geworden, hinter der die übrigen Gewerkschaftsrichtungen weit zurückbleiben.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakischen Republik ist noch immer recht vielfältig. Neben 13 Gewerkschaftszentralen mit 345 Verbänden werden noch 238 Verbände gezählt, welche keiner Gewerkschaftszentrale angehören. Das sind in Summa 583 Verbände mit insgesamt 1.733.979 Mitgliedern. Nach dem letzten Ausweis des Statistischen Staatsamtes haben die Tschechen 9 Gewerkschaftszentralen mit 283 Verbänden und außerdem noch 165 Verbände, welche keiner Zentrale angehören, mit 1.395.955 Mitgliedern, die Deutschen 4 Gewerkschaftszentralen mit 62 Verbänden, außerdem 73 Verbände, welche keiner Zentrale angehören, mit 338.024 Mitgliedern. Die tschechischen freien Gewerkschaften zählten Ende 1929 noch 45 Verbände mit 358.016 Mitgliedern, die Deutschen 22 Verbände mit 204.006 Mitgliedern.

Recht interessant ist eine Gegenüberstellung der Mitglieder der freien Gewerkschaften gegen die übrigen gewerkschaftlich organisierten in tschechischen wie deutschen Lager. Der Anteil der tschechischen freien Gewerkschaften an den tschechisch überhaupt organisierten beträgt 25,6 v. H.; der Anteil der deutschen freien Gewerkschaften an den deutschen überhaupt organisierten hingegen reichlich 60 v. H. Die Zahl der berufstätigen Arbeitnehmer dürfte ungefähr 4 Millionen betragen. Von denen wären demnach 43,3 v. H. gewerkschaftlich organisiert. Ueberraschenderweise ist das organisatorische Verhältnis der Berufstätigen fast in beiden nationalen Lagern gleich.

Im laufenden Jahre werden die freien Gewerkschaften trotz der Wirtschaftskrise wiederum einen Mitgliedererfolg verzeichnen können. Durch die jeder gewerkschaftlichen Erfahrung hohnsprechende Putsch-Taktik, hat die KPC. ihren eigenen Gewerkschaftsladen, den „Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband“ zum Konkurs getrieben. Die letzten Funktionäre dieses Verbandes hatten noch soviel Verantwortungsgefühl, vor dem Zusammenbruch zu retten, was zu retten war. Sie haben rechtzeitig im Interesse ihrer Mitglieder Anschluß bei der Gemeinsamen Landeszentrale gesucht und den Rest jener Mitglieder, die vor Jahren von den freien Gewerkschaften durch die kommunistische Partei abgesprengt wurden, den freien Gewerkschaften wieder zurückgeführt. Welches Verbrechen diese Verfälscher der modernen Gewerkschaftsbewegung durch die Spaltung der Gewerkschaften begangen haben, wird am besten dadurch illustriert, daß hauptsächlich durch ihre Tätigkeit unsere Verbände gespalten und das Vertrauen der Mitglieder zu den Organisationen vernichtet wurde. Im Jahre 1920 zählten die freien Gewerkschaften insgesamt 1.225.772 Mitglieder, und schon im Jahre 1923 war dieser Stand auf 541.338 gesunken. Angeblich soll damals der IAV. für sich 200.000 Mitglieder gerettet haben, doch selbst, wenn diese Angabe den Tatsachen entsprechen würde, wäre der Gewinn für sie recht minimal gewesen, weil ja der größte Teil der Abgesprengten entweder ins gegnerische Lager hinübergeschwenkt ist, oder in den Indifferentismus zurückfiel. Bei der Wiedervereinigung des IAV. mit den freien Gewerkschaften im heurigen Jahre werden davon kaum noch 30.000 Mitglieder vorhanden gewesen sein, die nun wieder ihren ursprünglichen Organisationen zugeführt werden konnten. Damit haben die Kostgänger Moskaus neuerlich einen Beweis dafür erbracht, daß sie es in geradezu glänzender Weise verstehen, Arbeiterorganisationen zugrunde zu richten. Dem neuen Gewerkschaftsladen, den die KPC. nun aufgemacht hat, wird kein anderes Schicksal beschieden sein.

Es ist sicherlich sehr erfreulich, daß die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes inzwischen ihren Mitgliederstand auf über 50 Proz. des Jahres 1920 erhöhen konnten, während unsere tschechischen Verbände erst 43 Proz. ihres Mitgliederstandes vom Jahre 1920 erreicht haben.

Nachdem die Entwicklung der freien Gewerkschaften in den letzten beiden Jahren so erfreuliche Fortschritte gemacht hat, kann damit gerechnet werden, daß, sobald die wirtschaftliche Lage sich wieder bessert, unsere Verbände einen neuen Aufschwung nehmen werden.

## Nachfolgen aus der Weiterversicherung in der Invalidenversicherung.

Die gegenwärtige, wirtschaftlich unsichere Zeit, in der es keine Seltenheit ist, daß Arbeitnehmer jehrelanger Arbeitslosigkeit anheimfallen, tritt die Frage der Erhaltung der Anwartschaft zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung mit in den Vordergrund des Interesses.

Im nachstehenden soll insbesondere die Frage der Erhaltung der Anwartschaft zur Invalidenversicherung einer Betrachtung unterzogen werden.

Nach § 1290 ABG. erlischt die Anwartschaft aus der Invalidenversicherung, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Leistungskarte verzeichneten Anstellungstage weniger als 20 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind.

Soweit es sich um Arbeitnehmer handelt, die während ihrer Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslos- oder Arbeitslosenunterstützung erhalten, hat die Anwartschaft durch Einzahlung von Beiträgen gemäß § 1291 ABG. erhalten.

Anherz in die Sachlage für die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen, die keine der erwähnten Unterstützungen beziehen.

Diese sind auf den § 1241 ABG. zu verweisen. Hiernach kann, wer aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis ausgeschiedet, die Versicherung freiwillig fortsetzen.

Die Höhe der Beiträge, die der freiwillig Weiterversicherer zu zahlen hat, richtet sich nach der Lohnhöhe, die dem jeweiligen Einkommen entspricht. Jedoch fest bei § 1440 ABG. als Mindestgrenze die 2. Lohnklasse vor.

Die Beitragsarbeiten erhalten die freiwillig Versicherten bei den Versicherungskassen (Kassenämtern) des Anstaltsbezirks, in welchem sie sich aufhalten.

Für die aus dem Produktionsprozeß gänzlich ausgegliederten Gewerkschaften und die Frage der freiwilligen Weiterversicherung in der Invalidenversicherung ebenfalls eine nicht unbedeutende Rolle. Diese fragen, die ja kein Ableben ihres Ehegatten unter den Voraussetzungen des § 1291 ABG. einen Anspruch auf Weiterrenten haben, stellen die Weiterzahlung von Beiträgen zur Invalidenversicherung recht häufig in dem Glauben ein, es werde bei Eintritt beider Versicherungsfälle Anspruch auf Witwenrente — § 1288 ABG. — und Invalidenrente der Witwe gemäß § 1255 ABG. ein Anspruch völli.

vor der Änderung des § 1318 ABG., also vor dem 1. Januar 1924, war die Rechtslage so, daß in dem obengenannten Falle die niedrigere Rente ruhte. Die jetzige Fassung des § 1318 ABG. bestimmt dagegen, daß dem Berechtigten die höchste Rente ganz zusteht, und von der anderen — nach Abzug des Kinderzuschlages — als Zusatzrente gezahlt wird.

Hieraus ergibt sich also die Witwe neben der Invalidenversicherung, die sie auf Grund ihrer eigenen Versicherung zu beanspruchen kann, von der Witwenrente aus der Versicherung ihres Mannes ebenfalls die Hälfte.

Sobald beide Ehegatten die Anwartschaft auf Invalidenversicherung erfüllt, dann können sie beide Invalidenrente beziehen, wenn die Voraussetzungen des § 1255 ABG. gegeben sind. Letzteres jedoch mit der Maßgabe, daß der Kinderzuschlag (§ 1291 ABG.), nur einmal gezahlt wird, und zwar demjenigen, der das Kind ganz oder überwiegend unterhält.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß es schon zu empfehlen ist, daß die aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedene Ehefrau die Anwartschaft bei der Invalidenversicherung durch freiwillige Weiterversicherung erhält. Dieses um so mehr, als die zu erwartende Witwenrente in der Regel äußerst unzureichend ist.

Prof. Milewicz, Hannover.

## Große Nachfrage nach Erfindungen und Neuheiten.

Auf der Leipziger Herbstmesse hatte das Deutsche Erfinderbund e. V., Hamburg, die ganze Halle 2 auf dem Gelände der Technischen Messe für eine Sonderausstellung von Erfindungen und Neuheiten aller Branchen belegt. Es waren rund 1000 verschiedene Objekte ausgestellt. Trotz des an sich geringen Besuchs der Messe war die Neuheitenhalle dauernd sehr belebt. Auffallend stark war der Besuch der Ausländer, ein Beweis dafür, wie sehr der deutsche Erfindergeist noch heute in aller Welt geschätzt wird. Es wurden auch die recht zahlreichen und teils recht hohen Abschlüsse überwiegend vom Ausland geäußert, und es mochte wohl ein Zufall sein, daß die besten

# Verbandsnachrichten

### Mitgliedskarte verloren.

Der Kollege Lorenz Schwaab, Lohr, Mitglieds-Nr. 988 251, eingetretten am 11. August 1929, verlor seine Mitgliedskarte. Die Karte ist beim Vorweisen einzubehalten und der Name des Vorzeigers festzustellen.

### Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Abs. 3a, in Verbindung mit § 14, Abs. 6 des Verbandsstatuts, das bisherige Mitglied der Bahnhalle Gräfenroda: Fritz Gläser, Buch-Nr. S II 538 223.

### Arbeitsmarkt.

Ankerate unter Schiffen werden nicht angenommen.) Junger lediger Metallschleifer, Spezialist auf Fruchtstücken, Blumen und Wägel, sucht Stellung. Angebote unter „F. 36“ an den „Veramischen Bund“ erwünscht. Einbohrer für Fläiden und Toilettenartikel, der auch polieren kann, sucht baldige Stellung durch B. Lehmann, Hirschberg i. Rhg., Sand 15a. Glasflügel, welcher auf alle vorkommenden Sorten perfekt eingerichtet ist, sucht für sofort oder später Stellung. Angebote sind zu richten an Wilhelm Peter, Neu-Petershain (N.-L.), Neue Straße 8. Zwei tüchtige Maschinenschleifer, ein Holzschleifer, drei Flauglasmacher, verheiratet, suchen Beschäftigung. Arbeitsangebote sind zu richten an die Bahnhalle Schlenzungen (Zür.), Hindenburgstr. 9. Ledige Metallschleifer (Ziesschliff), mit allen Arbeiten vertraut, suchen Stellung im In- oder Ausland. D. A. R. S., Altona-Stellingen, Kieler Straße 302.

# Unseren Frauen u. Mädchen

## Politik und Mode.

Es gehört zu den bahnbrechenden Erkenntnissen, die wir Freud und der Psychoanalyse verdanken, daß wir nun wissen: Nichts geschieht von ungefähr — Das will bejagen: Nichts, auch das Kleinste, was im seelischen Leben oder in unseren Handlungen in Erscheinung tritt, ist ein bloßer Zufall, etwas, das sein könnte und nicht auch, oder so und anders auch — sondern alles ist von Bedeutung, wenn auch oft fast unerkennbar tiefer Herkunft; alles, auch das scheinbar Kleinste und Geringfügigste, trägt das Zeichen seiner Herkunft an sich, ist Symptom. Und das sowohl im Leben des einzelnen als auch im Leben der Völker und Kulturen.

Gerade jetzt, wo wieder eine Welle reaktionärer Sumpflust über Europa hinwegweht und die Miasmen des Faschismus emporsteigen — gerade jetzt bahnt sich eine Veränderung auf einem Gebiete an, das weit abseits zu liegen scheint von wichtigen Tagesfragen: die weibliche Mode! Man kann sagen: Was haben die Einfälle auf stets neuen Gewinn bedachter Konfektionäre und der haltlose Abwechslungsdrang einer gewissen Schicht von „Damen und Mädchen“ damit zu tun? Es ist denn doch so: weil heute überall Reaktion Trumpf und große Mode ist — wobei natürlich, wie bei jeder Mode, das Neulandgeschrei, vom Wunsch als Vater des Gedankens ausgeht, größer ist, als das wirkliche Können und Vermögen! — sehen und spüren wir die Symptome davon auch in der Frauenkleidung.

Ziehen wir einmal Vergleiche! Vor dem Kriege: die Frauen im Staate mit Verbrechern und geistig Minderwertigen auf eine Stufe gestellt, ohne Wahlrecht; einer doppelten Moral unterworfen in sexueller Beziehung; in tausend Dingen des Alltags, des Berufslebens gebremmt, eingeschränkt durch geradezu lächerlich kleinliche Vorschriften: „Das schickt sich nicht, das paßt nicht für Frauen.“ Ja nicht zuletzt Bewegungsfreiheit, auch in geistiger Beziehung: die Frauen sollten nur hübsch zum Vergnügen der Männer auf der Welt sein, wenn sie den besitzenden Klassen, und als Arbeitstiere, wenn sie dem Proletariat angehörten. Zu viel Denken war von Uebel. Und für alles, was man der Frau nicht gönnte, hatte man das Schlagwort: „Unweiblich“ erfunden.

Parallel damit lief eine Mode, die wie die Objektivierung derartiger Ideenmühsalgeburt ausfiel. Der Körper eingeeignet: Nieder, gesüßterte Kleider, lange Röcke, die den Gebrauch der Hände in Anspruch nahmen, sobald das Wetter nicht ganz tadellos trocken war. Man mußte sein zimmerlich einhereschreiten, das Geschlepp um die Beine hinderte das natürliche Ausschreiten. Das nannte man damals „einen weiblich-anmütigen Gang“. Auf dem Kopfe sah ein Naturgopf, wenn

ber nicht reichte, ein Kunstprodukt; Mabeln, Rämme, Spangen, ein ganzes Arsenal. Ein Hut mit Hutnadeln oben drauf. Ein hoher Halskragen. Kurz, eine ebenso „anständige“ als echt „fräuliche“ Tracht. Mit diesen Phrasen wird sie nämlich heutzutage schon wieder hinter dem Ofen hervorzulocken versucht.

Aber weiter im Rückblick! Dann kam, nach den Qualen des Krieges, der Umsturz und die Frau wurde freie, gleichberechtigte Staatsbürgerin, wenn ihr auch noch genug und Überzeugung zu wünschen übrigblieb, so lockerten sich doch alte Bindungen und moralische Vorurteile. Die Frau verstand es halb, aus der Not, die sie ins Erwerbsleben zwang, eine Tugend zu machen. Sie begann, sich zur selbststärkeren Persönlichkeit zu entwickeln, zur guten Kameradin des Mannes, die auch teilhaben wollte an Sport und vernünftiger Lebensweise und Kleidung.

Und wieder das Symptom: das kurze, bequeme, lose Kleid, das kurze Haar, Hals und Arme frei. Keine Schleppe, keine Nieder, alles praktisch — und eben dadurch auch vom ästhetischen Standpunkt aus viel schöner, weil natürlicher!

Aber damit soll's jetzt aus sein. Und das ist wieder ein Symptom. Die Mächte der Reaktion getrauen sich schon ganz offen, ihren Diktaturgelüsten Ausdruck zu geben. Einer vom Hakenkreuz hat es kürzlich hinausposaunt: „In Deutschland soll alles gerade umgekehrt werden, so wie es jetzt ist.“ Also auch mit der Frau wieder hinein in den Pferscher der Unfreiheit! Und siehe da: schon wird uns der alte Wohl in neuer süßlicher Sauce angepriesen: das lange Kleid, die „fräulich-anmütige Linie“, oben hübsch eng, auch um die Hüften. — Da wird man an Ende gar wieder ein Nieder brauchen? Und dazu paßt dann natürlich kein Busikopf, sondern — „der Zopf“, der hängt ihr hinten ...

O, du Lieb's Herrgöttle von Annodazumal! Wie schön wär's, wenn wir die Frauen glücklich wieder so weit brächten, als schmauende, unbehaglich verkrampfte, wandelnde Kleiderträger einherzufolgen! Dann noch schnell einen Schleier vors Gesicht, „der gehört ja auch dazu!“ — und dann drehen wir uns zurück, woher wir gekommen sind — und die Epizöde der Freiheit ist aus und abgetan. Denn mit dem einen kommt dann auch alles andere wieder.

Das lange Kleid ist ein Symptom. Ein kleines, mag man sagen, ein läppisches — aber es ist eins! Hoffen wir, daß es auf jene kleine Schicht von „Damen“ beschränkt bleibt, die nicht zählen in der Entwicklungsgeschichte der Frau. Hedda Wagner.

ein Heizen der Küche nicht in Frage kommt. An jeder Seite des Herdes soll ein Eisengestell angebracht sein, um die Kochgeschöpfe zu schieben zu können, ohne sich die Finger oder den Topflappen zu verbrennen. In die unmittelbare Nähe des Herdes gehört der Abwaschtisch, in den oder auf den man gleich das schmutzige Geschirr abstellen kann, ohne damit erst den Tisch beschmutzen zu müssen. Der Küchenschrank, der groß sein muß, gehört in die Mitte des Raumes, jedenfalls soll er so stehen, daß man von allen Seiten an ihn herankann, was beim Fleischlösen und Beispiel ein Vorteil ist. Herd, Abwasch- und Küchenschrank sollen alle in die Mitte der Küche aufgestellt werden. Der Schrank soll eingebaut sein, und zwar so, daß er mit der Wand abschließt. Für diesen Zweck denke ich mir eine ganze Wand. Ein Schrankfach gehört für Meien, Schrubber, Staubfänger usw., eins für Löffel, Pfannen, Kochenormen. Hier werden einige Kästen sehr praktisch sein, die für Messer, Gabeln, Löffel usw. verwendet werden können. Und dann das dritte Fach für Geschirr. Im vierten Fach denke ich mir nach der Hausseite zu ein Fenster. Dieses Fach kann als Speisekammer benutzt werden. Jedes Fach ist für sich mit einer Tür abzuschließen. Hat man die Küchenarbeiten fertig, das Geschirr geäubert und weggepackt, so schließt man die Schranktüren und hat eine stets sauber anmutende Küche.

An einer Küchenwand wäre noch ein Plättbrett anzubringen, das in passender Höhe angebracht ist und nach oben umgeklappt und befestigt wird. Beim Gebrauch wird an die andere Seite ein Stuhl oder ein dazu passendes Gestell untergeschoben.

Diese eben beschriebene Küche hätte den Vorteil, leicht überleben werden zu können. Sie hätte zweitens den Vorteil, daß das Licht auf die Dinge fällt, für die es unbedingt nötig ist. Die nötigen Handgriffe können ohne viel Launerei erledigt werden. Auf diese Art gibt eine Küche einer Hausfrau alle Vorteile, die nötig sind, um rationell wirtschaften zu können, um alles sofort zur Hand zu haben.

Wir haben ja glücklicherweise nicht mehr den Ehrgeiz unserer Großmütter, hundert Löffchen mit zweihundert Schellchen anzuhängen, und hundert Pfannen und Tennen zum Schmutz als Staubfänger aufzustellen, die am Sonntagabend dann immer fürchterliche Reinigungsorgien notwendig machten. Unsere Großmütter hatten dazu die Zeit. Sie waren nur Mütter und Hausfrauen und hatten neben dieser Tätigkeit nichts, das sie abhielt, in der Wohnung zu wirtschaften und dauernd „sauberzumachen“, so daß schließlich die deutsche Hausfrau in den Hof kam, stets mit einem Besen, Schrubber oder Staubtuch bewaffnet zu sein. Wir aber wollen Platz haben, um Zeit zu sparen. Wir wollen hygienisch einwandfreie Arbeitsstätten haben, die geeignet sind, die wenige Zeit, die uns leider für die Wirtschaft bleibt, so einzuteilen, daß wir auch für andere Dinge noch Zeit haben.

Dies den Architekten als Hinweis zur Ausführung!  
Inge Fromm.

## Hygienische Ueberwachung des Säuglings vor der Geburt.

„Prenatal care“ ist der neueste medizinische Fortschritt in Amerika. Das Wort bedeutet vorgeburtliche Fürsorge, die darin besteht, den Säugling schon dann hygienisch zu überwachen, wenn er noch nicht geboren ist. Wir wissen, daß die Zeit der Schwangerschaft nicht nur für die nährenden Mutter, sondern auch für das künftige Kind von allergrößter Bedeutung ist. Alles, was die Mutter tut oder unterläßt, kommt dem zukünftigen Kinde zugute oder gereicht ihm zum Schaden, je nachdem das Benehmen der Mutter richtig oder falsch ist. In Amerika ist darum von zahlreichen Ärzten und Kliniken die Neueinrichtung getroffen worden, daß die werdende Mutter während der ganzen Schwangerschaft in kurzen Abständen untersucht wird. Sie erhält dann über ihren Zustand und über ihre zweckmäßigste Lebensweise von Zeit zu Zeit eine eingehende Belehrung. Auch über die Art der Tätigkeit und über ihren Einfluß auf das werdende Kind wird sie hier unterrichtet, so daß auch die unerfahrensten Mütter ihre Lebensführung nach den Grundrissen der Gesundheitslehre einrichten können. In normalen Fällen wird hauptsächlich Wert darauf gelegt, der schwangeren Frau mitzuteilen, wie sie sich ernähren soll, um sich und das Kind gesund zu erhalten. Im allgemeinen läßt man bei gesunden Müttern die übliche Ernährungsweise bestehen, da sie sich gut bewährt hat. Nur vor dem Genuß von viel Tee und Kaffee wird gewarnt, da diese Getränke, besonders wenn sie stark genossen werden, nicht nur die Nerven der Mütter erregen, sondern auch auf den ungeborenen Säugling einen schädlichen Einfluß ausüben können. Um alle Möglichkeiten in dieser Beziehung zu vermeiden, werden die schwangeren Frauen aufgefordert, Kaffee und Tee nur in ganz dünnen Aufgüssen zu genießen. Ein gelegentlicher Gebrauch von Alkohol wird nicht als schädlich angesehen, zumal er nur auf ärztliche Verordnung hin möglich

ist. Die Zusammensetzung des täglichen Speisezettels kann völlig nach dem Geschmack erfolgen. Es ist gleichgültig, ob Gemüse oder Fleisch vorherrscht, ebenso wie das Heberwiegen von gekochter und roher Nahrung nur von untergeordneter Bedeutung ist. Selbstverständlich wird in diesen Fürsorgestunden der Genuß aller Gifte und schädlicher Drogen aufs strengste verboten. Die vorgeburtliche Fürsorge hat sich bisher vorzüglich bewährt. Vor allen Dingen sind die Erfahrungen bei einigen Komplikationen, die früher verberlich waren, sehr gute, zumal man jetzt schon rechtzeitig Maßnahmen dagegen trifft, soweit es sich nach dem bisherigen Stande der medizinischen Forschung ermöglichen läßt. Wegen dieser guten Erfahrungen, die mit der vorgeburtlichen Fürsorge gemacht wurden, ist sie auch ohne Gesetz in Amerika eine Art von Zwangsmäßnahme zum Segen der Mütter und Kinder geworden. Die Mütter bekommen nämlich ein Buch, in dem die Ergebnisse der Untersuchungen ebenso verzeichnet werden, wie die Vorschriften, die sie von Zeit zu Zeit erhalten. Die Geburtskliniken fordern in letzter Zeit von allen Frauen, die bei ihnen Aufnahme finden, daß sie sich der Prenatal care unterziehen haben. Falls sie es nicht getan haben und kein triftiger Grund für die Unterlassung vorliegt, verweigern viele Kliniken die Entbindung. Diese vorgeburtliche Fürsorge erscheint im Interesse einer gesunden Nachkommenschaft so wichtig zu sein, daß sie auch für uns in Deutschland zur Nachahmung aufzuerfordern sollte. Zwar haben wir allerhand Fürsorgestellen, die aber hauptsächlich von der ärmeren Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Die amerikanische vorgeburtliche Fürsorge erstreckt sich aber gleichmäßig auf Frauen aller Stände. Auch bei uns sollte für alle Frauen die dringende Verpflichtung bestehen, sich von Zeit zu Zeit dieser ärztlichen vorgeburtlichen Fürsorge zu unterziehen.

## So will ich meine Küche haben!

Eine Hausfrau erzählt im folgenden von einer Küche, die ihr als sauberste, hygienischste und leicht zu reinigende vorschwebt.

Es wird so viel gebaut und so schrecklich viel von den Errungenschaften der Technik in diesen Neubauten geschrieben. Und wenn man denn in eine Neubaufische kommt, die doch der Raum ist, den eine Hausfrau am meisten interessiert, dann ist es doch meist so, daß das Herz besagter Hausfrau eine große Enttäuschung erleidet. Wo ist die Errungenschaft der Technik? Sie besteht in den allermeisten Fällen nur in der modernen und guten Ausgestaltung des Raumes. Eine revolutionäre Veränderung ist nicht da. Jedenfalls nicht in den Wohnungen, deren Mieten noch einigermaßen erschwinglich sind. Und in den anderen Fällen, die nur Leute mit Riesenermögen sich leisten können, ist ein Gewirr verschiedener Dinge auf einem kleinen Platz gehäuft, so daß eine Entwirrung oder ein Aufräumen viel Zeit verlangt.

Man ist geneigt zu glauben, daß nur Männer dieses Wohnabohn ansahndacht haben, und wird wohl auch nicht sehr daneben geraten haben.

Eine moderne Küche soll vor allen Dingen so eingerichtet sein, daß sie Zeit spart. So viele Frauen haben neben ihrer hausfränkischen Tätigkeit noch eine berufliche beibehalten, so daß hier Zeitersparnis gleichbedeutend ist mit Kraft-, Nerven- und Geldersparnis (für die Hilfe). Ich denke mir eine Küche so und werde wohl bei vielen Hausfrauen mit meinen Vorschlägen Beifall finden:

Vor allen Dingen viel Platz. Der Herd ist die Hauptsache. Er soll in der Nähe des Fensters stehen, damit Licht auf ihn fällt. Bisher steht er an der vom Fenster entferntesten Ecke und ist in Dunkelheit gehüllt. Warum eigentlich? Ein Gasherd mit ausreichenden — drei bis vier — Kochstellen genügt, denn bei den neueren Wohnungen ist ja Zentralheizung vorhanden, so daß

Wir gewinnen die Frau für eine neue wirtschaftliche Gestaltung der Welt nur, wenn die Frau auch eine Seele dieses neuen Weltbildes fühlt. Und wir machen die Frau des gewerkschaftlich organisierten Mannes nur dann zu seinem Kameraden und Kampfgemeinen, wenn die Frau diese wirtschaftliche Welt des Mannes in ihrer Seele auch erlebt. In diesem Sinne bietet sich uns in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine praktisch bedeutsame Aufgabe gegenüber dem Kampfgedanken.

Die Arbeiterklasse wäre das Opfer einer verhängnisvollen Illusion und einer Art krankhafter Besessenheit, wenn sie das, was nur die Taktik der Verzweiflung sein kann, als eine Methode der Revolution anfassen wollte. Außer den konventionellen Anlässen, für die man keinerlei Voraussetzungen und Regeln haben kann und die manchmal in der Geschichte das äußerste Hilfsmittel in der höchsten Not sind, gibt es heute für den Sozialismus nur eine unfehlbare Methode: die Majorität auf geistlichem Wege zu erobern.

Jean Jaurès (aus „Theorie und Praxis“).

**LINDCAR**  
**Jetzt auch Nähmaschinen!**  
 LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT  
 BERLIN-LICHTENRADE  
 Unternehmen der freien Gewerkschaften  
 Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen  
 gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere  
 Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.

## Vorher — Hernach.

### Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Draußen auf dem Kasernenhofe standen sie alle noch eine Stunde umsonst und gelangweilt herum. Bald kam dieser, bald jener Vorgesetzte und sah nach dem Anzuge, der Ausrüstung, dem Gewehr, den Patronen, der eisernen Portion. Endlich stiegen die Posten die Türe zur Straße auf. Die Vorübergehenden blieben an den Straßenrändern neugierig stehen. Als die Kapelle den Esplanade spielte, schritten Hunderte im Marschschritt an den Seiten, voraus und hernach, zum Bahnhof mit. Nach dem Aufhören der Musik klang es aus frischen Soldatenkehlen:

Die Vöglein im Walde,  
Sie sangen so wunderwunderschön:  
In der Heimat in der Heimat,  
Da gib't's ein Wiederseh'n!

Wie lautete die kurze Zeile, die Andreas an Faschu Vorschorsch geschrieben?

Die Front verschluckt mich!  
„Die Front verschluckt mich?“ Das ist es nicht richtiger: „Der Krieg verschluckt mich?“ Gab es jetzt noch ein Entrinnen, ein Zurück? Ueberklang nicht den dröhnenden Marschschritt das stählerne Klingen einer von knochiger Hand geführten Lanze?

Andreas mußte daran denken, als der Zug in die Nacht hinausfuhr. Niemand wußte das Ziel. Das große Niemandsland des Krieges lag vor den jungen Kriegsfreiwilligen. Tausend Wege führten hinein. Welcher führte einst wieder heim?

Der Krieg verschluckt mich!

Noch einmal kam Andreas die Zeile in das Erinnern. Im Morgengrauen fuhr der lange, eintönig ratternde Zug durch ein verlorenes Städtlein der Provinz Sachsen. Im Vorüberfahren las er den Stationsnamen. Er kam ihm bekannt vor.

War hier nicht...?  
Er schauerte in der Morgenfrühe und im Erinnern zusammen. Ja! Hier lag irgendwo Suscha, die Magd und Sachjünglerin... die Mutter... begraben.

Gründend und abschiednehmend hob er die Hand. Der Zug fuhr ratternd über die gestellten Weichen dem Westen zu.

Hernach.

### Der schrille Klang.

XIX.

„Was für ein Ei des Kolumbus brütest du denn aus? Vorüber denkst du nach?“ fragte Bisepfeldwebel Andreas Birtenbüch den Unteroffizier Majella.

„Nachdenken? ... Ja? ... Mein Lieber! Das Nachdenken habe ich mir, seitdem ich im Kriege bin, grundsätzlich angewöhnt.“

„Aber dein Gesicht strahlt dich Augen“, lachte Andreas Birtenbüch. „Ist ferne dich viel zu genau. Dann wunderst du dich eben über irgend etwas.“

„Die Jagden die Berliner? ... Ich glaube: Ja wunder mit über Jarumicht mehr! ... Ich nämlich noch!“

Unteroffizier Majella holte umständlich Tabakspfeife und Tabakbeutel hervor und richtete mit einer Langsamkeit und Affektiertheit, die andeutete, daß für ihn der Begriff der scheinenden, unwiederbringlichen Zeit nicht existierte, die Pfeife her. Dann blieb er bedächtilich den Rauch, so wie ein Karpen nach Luft schnappt, nach oben. Andreas ärgerte sich ein wenig über das Pflögen seines Kameraden. Majella, ein ostpreussischer Maurer von dreißig Jahren, war ein sachkundlicher, kluger und befehlener Kopf. Er brachte überaus gute Anschauungen unheimlich hervor, sah viele Dinge richtiger und genauer als alle anderen oben und unten und ließ sich auch von seinen Ansichten nicht abbringen. Er war nicht einmal so eitel, daß er hernach, wenn sich seine Voraussetzungen bestätigten, daran erinnerte, daß er Wochenlang voraus das Geschehen angekünigt hätte. Er plägierte stets zu sagen: Solche Einseitigkeiten — nämlich zu sagen: Das habe ich schon lange vorausgesehen! — zeigen nurjenige Poltiker. Und mit solchen Herrschaften laß ich mich noch lange nicht an eine Stelle stellen.“ Es hielt auch jetzt, Geduld zu bewahren und abzuwarten, bis Majella untermietet seine Auslassungen wie den Qualm seiner kurzen Schagpfeife hervorrief.

Andreas brannte sich eine Zigarette an und henschelte ein gleichgültiges Gesicht.

Seit zwei Tagen lag das Regiment auf einem größeren Gutsbezirk, hart vor der belgisch-französischen Grenze, in Ruhe. Vorkriegsartig war die Lage man in die besten und irtümlichsten Schlammstellen gelegen. Niemand wußte mehr, was gespielt wurde. Seit Anziana August gab es weder Post noch Zeitungen noch sonst etwas Unterrichtsreiches. Viermal war in dieser Zeit das Regiment, bei dem Andreas nach seiner dritten Verwundung gelandet war, mit anderen Verbänden verschmolzen worden. Kellert lag auch das Ausbleiben aller Nachrichten daran, daß kein Mensch mehr richtig Bericht wußte, welche Regimentsnummer man eigentlich trug. Hatte man oben überhaupt den Kopf verlieren? Nach der letzten Schweinerei ist es durchaus ja.

„Wenn ich im Dezember nach Hause komme, finde ich natürlich keine Arbeit vor“, philosophierte plötzlich, begleitet von nachdenklichen, Majella. Die Bauarbeit beginnt frühestens im März. Dann mag aber ein linder Winter sein. Wovon soll man inzwischen leben? Des meinst du?“

„Wenn wir Bekleidungen dabei haben, freffe ich meine Oberbekleidungen.“

„Du!“ rief Majella mit einer Rauchwolke hervor. „Du hast jetzt Anziana Kleider.“

„Höchstens drei Kleider und wir am Ende.“

„Wenn auch das nicht, aber wir bleiben jedenfall's erst in letzter Zeit.“

„Es ist schlimmer, als du denkst, mein Lieber! Grappiere dir einmal die letzten Wochen!“

Majella langte in die Rocktasche und holte ein klein-großes Notizbuch hervor. Er blätterte eine Weile darin und sagte dabei: „Das ist der Unterschied zwischen uns beiden. Du schreibst Geschichten und Abhandlungen in deine Tagebücher, ich mache nur Aufzeichnungen, wie ein Oberleutnant oder, besser, wie ein Buchhalter, der einer ungenauen Buchführung auf die Spur kommen will. Hier laß du den A. Kannst du dich noch erinnern? Wir haben über sechs Wochen im Schlammfeld gelegen. Je einmal hat uns der Major versichert, wir kommen in Ruhe. Keine Spur. Es wäre ja auch überaus glücklich gewesen für die paar Mannschaften, die noch im Graben waren. Die konnten auch noch zur gelegentlichen ewigen Ruhe drei gehen, wenn man die Verpflegung einmahl hat man uns zwölf Kilometer nach hinten marschieren lassen, die Entlastung für den nächsten Tag angelegt.“

„Am Morgen wurden wir wieder alarmiert und in eine beständige Stellung eingezogen. Das war, wo du acht Tage lang zum Kompaniechef avanciert warst. Dann nahm man uns heraus. Fünfzehn Mann kamen aus dem Graben. Erster Schlag. Wir haben keine Menschen mehr. Wir sind ausgebeutet. Ist's drüber? Ne, da weißt du besser Bericht.“

„Nun, ich bin nicht so glücklich.“

als ich; denn du hast die Patrouille gegen die Amerikaner gemacht. Weiter! Wir lagen eine ganze Nacht in dem ausgeräumten Schlosse... ich kann die Vester von Namen nicht behalten. Am nächsten Nachmittag wurden wir mit einem andern Bataillon, das genau so klaglich zusammengekehrt war, vereinigt, auf Lantano geladen, und es hieß: Durchbruch! Der letzte Schwanz muß eingeseht werden. Los ging's. Es war auch schon egal, wo man seinen Helmbrock starb. Vier Stunden tolle Fahrt. Es mußte hrenalisch sein. Dann hielten wir in irgendeinem Nest. Du stiegst noch ab und holtest dir etwas aus der Feldbuchhandlung. Der Major sprach mit einem Oberleutnant. In dem Kaff sollte angeblich ein Stab liegen. Nun erklärte man uns: Keine Idee von einem Durchbruch. Wir seien falsch geleitet worden. Hier herrsche vollkommenste Ruhe und Ordnung, aber vielleicht in... Dingsda... du weißt das Kaff... Schön! Rechtschweifel marsch!... Es ging bis gegen Mitternacht, dann wußte kein Mensch mehr, wo wir waren, was wir wollten und was eigentlich befohlen war. Kurzerhand wurde Quartier gemacht. Wir kamen auf den Heuboden. Als ich auf der Suche nach einer Decke beim Major vorbeikam, sagte der zum Adjutanten: Die ganze Sache ist rätselhaft. Ob der Offizier in dem Kaff wirklich ein Deutscher und nicht ein Franzose, ein Spion war...? Ich hörte mir den Salat an... Schlaf! Sieh hier in mein Notizbuch! Da steht: Durcheinander! Kein Mensch weiß mehr recht Bericht. Selbst die obere Charge werden unsicher, argwöhnisch und skeptisch. Einverstanden? „Darüber waren wir uns klar, daß damals etwas nicht geklappt hat. Selbst der schlichteste Mann, der noch die Gleichmut und Geduld selber ist, wird kopfschüttel, wenn er das Durcheinanderberdisponieren, das Nutzlose, Unsichere und Vernunftlose empfindet.“

„Dann kam die Schweinerei an der Straße La Capelle-Arcenes. Dort wußte überhaupt niemand mehr, was die hohe Führung versaut. Zum Schluß wollte man uns einfach zurücklassen. So ein Unsin: Am hellen Mittag lassen sie uns die Stellung räumen. Du bleibst ja noch eine Stunde mit Schorsch“

und einem Maschinengewehr zur Rückgedeckung zurück. Damals hab ich dich ernstlich auf die Verlusliste verbucht... „Ich bin aber auch gefangen“, lachte jetzt Andreas hellauf, „Schorsch, das Maschinengewehr auf dem Buckel und ich, mit meinem lahmen Bein. Wenn der Franzmann gewußt hätte, daß ein einziges Maschinengewehr ihm gegenüberlag und zwei lumbige Leute... Hernach erlachte uns ein Flieger. Wir rannten bald links, bald rechts im Strabengraben. Wir wußten beide, daß wir um unser Leben liefen. Einige Minuten hinter uns sprengten die Bioniere die Brücke in die Luft...“

„Jetzt liegen wir zwei Tage hier, und morgen sollen wir wieder abziehen. Das hält doch kein Schwein aus. Sieh dir mal die Leute an. Keiner hat mehr zu irgendwas Mümm. Sie rebellieren nicht, weil sie zu schlapp und zu gleichgültig sind. Aber ein Funke...“

„Das ist's, was ich fürchte. Man kann einfach nicht mehr. Die Hoffnungslosigkeit der ganzen Lage wirft uns einfach um. Tausend Dinge kommen dazu. Man tut seine Pflicht.“

„Wir tun sie alle mit Hintergedanken, mein Lieber. Jeder hat einen Groll. Der eine bekommt keinen Urlaub. Der andere hat seine Existenz verloren. Dem läuft die Frau in andere Betten. Der Nächste entbehrt das armeleige „Ach-Herr-Je“ der kleinen Mädchen. Den Fünften bis Zehnten ärgern die Beförderungsverhältnisse, die Kreuzverteilung, das verschiedene Essen der Offiziere und Mannschaften, die Schützenerei in Ruhe, die Dauer des Krieges, die Drückbergererei und was weiß ich noch. Viele bekommen Kammerbriefe von daheim. Einem verhungern die Kinder, dem stirbt die Frau, fällt der Bruder, verlobt der ausgewachsene Junge, verbummelt das Mädel: Nun red' mal den Leuten vom Siegfrieden und derlei wahn-sinnigen Sachen. Sind wir nicht in den letzten Wochen immer abwechselnd nachts im Graben herumgetigert, weil auf keinen mehr richtig Verlaß ist? Die Alten sind nicht mehr da oder abgestumpft gegen alles, und das junge Gemütle hat Angst, den Kopf in der Suppe selbst im Dunkeln heranzustrecken...“

„Wie aber ändern?“

(Fortsetzung folgt.)

## Der Dorn.

Die verdammte Dürre war daran schuld. Denn da es seit Wochen nicht geregnet hatte, staubte die Straße so, als Lupule mit dem ominösen Gaul vorbeikam, daß Moische Igel schimpfend und verzweifelt zum Fenster stürzte, um es zu schließen. Dabei konnte er nicht umhin, einen Blick auf das Pferd zu werfen, das Lupule am Halfter lässig hinter sich herzog. Vor Igels Schenke machte Lupule wie unabsichtlich halt, um aus seinem viel gestickten Rockärmel einen Zigarettenstummel hervorzukramen, einen unter den vielen Stummeln, die dort verborgen waren. Lupule hielt seinen Halbghinder, der keine Klempe hatte, gegen den Wind, um beim Anzünden geschützt zu sein. Er ließ sich Zeit bei dieser Prozedur. Ueberhaupt machte er den Eindruck eines Menschen, der ruhig bis zum jüngsten Tag darauf warten kann, daß ihm das Glück in den Weg kommt. Unter seinem fugehrunden Schädel bog sich der Hals wie ein langer, dünner Stengel hin und her, um die richtige Einstellung zum Wind und Halbghinder zu bekommen. Denn Lupules oberster Leitjah war: Brauche nie zwei Streichhölzer, wenn du mit einem auskommen kannst, und dieses eine leihe dir womöglich von einem anderen. Jetzt brannte der Stummel, und Lupule setzte sich wieder in Bewegung. Der Zigeuner Lupule war ein dürrer, ziemlich langer Kerl mit unverhältnismäßig großen Händen und Füßen. Sein eines Auge zwinkerte immer, als wollte es sagen: Warte nur das Ende ab, ich bin noch lange nicht fertig.

Der Gaul, den er so nachlässig hinter sich herhieselte, sah beim flüchtigen Betrachten so aus wie ein wandelndes Gerippe. Man glaubte, jenes jagende Zigeunerpferd vor sich zu sehen, von dem sein Besitzer einstens ausrief: Jetzt habe ich ihm mit vieler Mühe endlich das Fressen abgewöhnt, und da krepirt mir das Luder. Moische Igel, der noch immer aus dem Fenster seines Wirtschaftes sah, mochte ähnliche Gedanken führen. Aber dann schien er bei näherer Betrachtung an dem Pferd geheimnisvollerborgene Reize wahrzunehmen, denn er rührte sich, ein großer Pferdewahnsinn zu sein. Tatsache war, daß er am benachbarten Marktleben als großer Halsabschneider und geistlicher Roßtäuscher bekannt war.

Demnach piegelten sich in seinem Schädel folgende Gedanken: Oh, hm, ein gaundürter, ungepflegter Krampfen, der überdies hinkt. Fünfzehn Gulden würde ich dafür geben. Aber hochbeinig und ansehend nicht über vier Jahre? Man müßte das Gebiß sehen. Wer weiß, zwanzig Gulden —? Er hinkt, das ist nicht zu leugnen. Aber, aber, was sehe ich? Da steckt ja ein Dorn unter dem linken Hinterhuf? Igel, der bereits mit dem ganzen Oberleib aus dem Fenster hing, rief den Zigeuner an:

„Se, Lupule, wohin willst du mit dem Gerippe?“

Lupule wandte gelangweilt den Kopf.

„Nach dem Markt, wenn es Ihnen so recht ist, Herr Wohl-täter.“

Jetzt trat Moische Igel vor die Türe. Er war ein kleines, schmachtiges Männlein und wühlte gewohnheitsgemäß in seinem Kropfenbart.

„Auf den Markt, sagst du“, und er brach in ein hysterisches Gelächter aus. „Ihr werdet beide verhungern, ehe du die Mähre losjählagst“, sagte er dann bedeutungslos.

„Warum nicht gar?“ meinte Lupule, nach einem zweiten Zigarettenstummel. „...“ und „...“ Es ist ein gutes Pferd; nur hinkt es, wie du selber schon bemerkt hast, Herr. Aber sonst ein feiner Gaul. ... hat mich dreißig Gulden gekostet.“

Moische Igel hieb sich mit beiden Händen gegen den Bauch.

„Wir willst du das weismachen, du Landstreicher? Das ist ja der Urgroßvater aller Pferde! Du kannst froh sein, wenn du die Fäden und das Fell losjählagst; denn Fleisch kann ich keines zwischen den Rippen bemerken.“

Lupule wandte sich entrüstet um. Er drehte den Kopf des geistlichen Pferdes zum Hart hinüber und zeigte das tabellose Gebiß. Moische Igel trat jetzt näher an das Roß heran, würgte es jedoch keine Mißes.

„Weil du es bist, Lupule, will ich dir fünfzehn Gulden dafür geben.“

Lupule überreichte den Mund auf und markierte namenloses Erschauern.

„Höre ich recht, Herr Wohl-täter? Fünfzehn Gulden, sagten Sie? Fünfzehn Gulden für dieses prachtvolle Tier? Ein bißchen Pflege und Futter, und es wird der prächtigste Gaul daraus. Vier Jahre, wenn es alt ist. — Fünfzig Gulden. Keinen Heller weniger.“

Moische Igels freundliche Miene verriet nichts von seinen Gedanken. Er überlegte gerade. Es ist wirklich ein junges Tier, und es hinkt, weil es den Dorn unter dem Huf hat. Der Schlanke Lupule hat den Dorn übersehen. Wenn ich den Dorn entferne, ist der Gaul unter Brüdern seine hundert Gulden wert. Laut aber sagte er:

„Warte nur, warte — weil ich gerade heute guter Laune bin, will ich dir fünfzehn Gulden dafür geben.“

Lupule blinzelte nur unerschämmt mit dem linken Augenlid, wandte sich wortlos um und setzte sich in Bewegung, den hinkenden Gaul hinter sich herhieselnd.

Aber jetzt war Moische entschlossen, zu laufen. Er ging also neben Lupule her, heftig gestikulierend, und wies noch einmal auf alle Mängel des Pferdes hin. Es sei ruppig und ungepflegt, die Klauen seien eingefallen und hier, in der Nähe des Schwanzansatzes, glaubt er beginnende Räude zu bemerken.

„Fünfzig Gulden“, sagte Lupule, ohne stehenzubleiben.

Die Augenlider seien entzündet, der rechte Vorderhuf weise einen bedenklichen Sprung auf, und außerdem keuche es beim Almen.

„Fünfzig Gulden“, meinte Lupule unbeirrbar.

Sie hatten sich bereits etwa hundert Meter von Igels Schenke entfernt, und Moische Igel, der sonst so Besonnenen, begann die Geduld zu verlieren.

„Fünfundsiebenzig also, hier meine Hand; schlag ein, du Gauner!“

„Gegen Sie noch fünf zu, Herr Wohl-täter“, meinte Lupule, „dann sind wir einig“, und er machte Miene, weiterzugehen.

„In Gottes Namen, du Teufelsbraten!“ sagte Moische. Er konnte seinen Kerger kaum verbergen. Aber es war noch immer ein gutes Gesicht.

Jetzt wandte Lupule das Pferd und marschierte an Igels Seite wieder bis zur Schenke zurück. Igel holte das Geld; Lupule zahlte gewissenhaft nach, nahm die Geldstücke einzeln mit spitzen Fingern auf, probierte mit seinen Zähnen daran herum, ob sie wohl echt seien, wogte mißtrauisch den fugehrunden Schädel hin und her und verschmürte schließlich das Ganze in einem alten Strumpf, den er bei sich führte.

„Ich wünsche dir einen gesunden Schlaf, Herr Wohl-täter“, sagte er dann zum Abschied.

Moische Igel hielt das Pferd an der Leine und sah Lupule nach, dessen hagere Gestalt auf der Landstraße immer kleiner wurde und sich wie im Schein in immer größerer Eile entfernte.

Später führte Igel das Roß in den Hof, und nachdem er sorgfältig den Dorn entfernt hatte, ließ er das Pferd von seinem Kutjeder noch einmal auf- und abführen. Dabei betrachtete er es von der Seite und o Wunder! Das Pferd lahnte noch immer. Ja, es schien ihm, wie er es so mit zornverdunkelten Blicken betrachtete, als lahmte das Pferd noch stärker als vorher.

Es war also nicht der Dorn, und er hatte ein lahmes Pferd gekauft — es war bestenfalls zehn Gulden wert.

Nachdem Moisches Dorn berraußt war, hob er kurzentschlossen den Dorn von der Erde auf und steckte ihn wieder in den Fuß des Pferdes über dem linken Hinterhuf. Dann nahm er seine Mühe und machte sich auf den Weg nach dem benachbarten Marktleben, zum Pferdemarkt.

Nach einer Weile schmunzelte er wieder. —

Alexander von Sachse-Masch.

## Heiteres.

Herr Doktor, Herr Doktor, ich habe Mundharmonika gespielt, und dann habe ich sie aus Versehen verschluckt! — Aber Mann, beruhigen Sie sich doch, und seien Sie froh, daß es kein Klavier war. (Neue Berliner Zeitung.)

## Geschichten von Gottfried Keller.

Meister Gottfried, der ein Feind aller Umstände und Dunkelheiten war, liebte die „klaren Verhältnisse“ und bediente sich dieser Redensart gern. Als sich sein kräftiges Haupthaar zu lichten begann, bemerkte eines Tages seine Schwester:

„Deine Konjur wächst sich bereits nicht übel aus.“

„Dann und Doria“, rief er. „Schreit.“ „Ich weiß ja noch gar nicht, daß sie überhaupt schon anfängt.“

Keller nimmt nun mit zwei Spiegeln eine Veranschauligung des Hinterkopfes vor, und als er dort die glänzende Stelle bemerkt, sagt er rasch gefast:

„Es ist doch was Gutes um klare Verhältnisse.“ —

Als es mit Stellers Gesundheit bergab ging, wollte er doch deshalb auf einen kräftigen Trunk nicht verzichten, und so steckte sich die Schwester hinter die Axt. Die unterzogen seinen alten Adam einer gründlichen Untersuchung, und nach längerer Einleitung begann der Putztag:

„Es würde sich vielleicht empfehlen, Herr Altstaatschreiber, wenn Sie sich im Genieken von Flüssigkeiten etwas einschränken könnten.“

„Ja, ja“, bestätigte Keller unerwarteterweise, „hab' auch schon daran gedacht“ und mit einem bösen Blick auf die Schwester fuhr er fort: „Siehst du, Regel, das kommt von deinen ewigen Suppen...“

(In der „Chemnitzer Volksstimme“.)